



Jochen Dahm, Christian Krell,
Tobias Mörschel, Markus Trömmel (Hrsg.)

Grundwerte: Brücken oder Grenzen zwischen politischen Strömungen?

gute gesellschaft –
soziale demokratie
#2017 plus

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG



INHALT

Vorwort	3
FREIHEIT	
Yasmin Fahimi, SPD	
Freiheit und ihre heutige Gefährdung	5
Nicola Beer, FDP	
Freiheit ist Voraussetzung für Gerechtigkeit und Solidarität	8
Konstantin von Notz, Bündnis 90 / Die Grünen	
Bedrohte Freiheit	10
GERECHTIGKEIT	
Thorsten Schäfer-Gümbel, SPD	
Gerechtigkeit – ein sozialdemokratischer Wertekompass	15
Jens Spahn, CDU	
Gerechtigkeit aus christdemokratischer Sicht	19
SOLIDARITÄT	
Ralf Stegner, SPD	
Solidarität aus sozialdemokratischer Sicht	22
Michael Kellner, Bündnis 90 / Die Grünen	
Solidarität aus grüner Sicht	26
Petra Pau, Die Linke	
Solidarität	29

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Politische Akademie, Akademie für Soziale Demokratie, Godesberger Allee 149, 53175 Bonn | Fotos: Jens Schicke; Leif Neugebohrn/highleifphotography | Umschlag: Béla Stetzer Büro für Kommunikationsdesign | Inhalt: Pellens Kommunikationsdesign GmbH | Druck: Brandt GmbH – Druck und Medien, Bonn | © Friedrich-Ebert-Stiftung 2016 | ISBN 978-3-95861-603-5

Für die inhaltlichen Aussagen dieser Veröffentlichung tragen die Autorinnen und Autoren der einzelnen Kapitel die Verantwortung. Die geäußerten Meinungen müssen nicht in allen Teilen der Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung entsprechen.

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

VORWORT

„Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit!“ – das war der Schlachtruf der Französischen Revolution. Er wurde im 19. Jahrhundert in die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität übersetzt. Sie sind bis heute zentraler Bezugspunkt für die demokratischen Parteien. Fast alle berufen sich auf diese Werte, interpretieren und gewichten sie jedoch unterschiedlich.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind im politischen Alltagsgeschäft nicht immer sichtbar. Nicht jede Entscheidung wird explizit als Wertentscheidung begründet. Aber wenn das Verständnis über die eigenen Werte auch implizit fehlt, wenn unklar ist, wofür diese oder jene Partei eigentlich steht und warum sie diese oder jene Entscheidung getroffen hat, dann verliert Politik ihre Substanz und ihre Richtung und übrigens auch ihre Unterscheidbarkeit. Politik braucht klare Orientierung.

Die politische Debatte lebt davon, dass sie sich nicht in Alltagsfragen verliert, sondern die normative Basis von Entscheidungen immer wieder kritisch in den Blick nimmt.

Deshalb haben wir die Grundwerteforen der Friedrich-Ebert-Stiftung genutzt, um genauer hinzuschauen. Die Grundwerteforen dienen dem Austausch über grundsätzliche Fragen jenseits des politischen Alltags. Sie bringen herausragende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Medien miteinander ins Gespräch. Im Jahr 2015 haben wir den Austausch über Verbindendes und Trennendes zwischen den politischen Strömungen und in Bezug auf deren Verständnis von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in drei hochrangig besetzten Abendveranstaltungen ermöglicht. Wir haben in den Blick genommen, welche Werte unterschiedliche politische Strömungen antreiben, wie sie diese Werte verstehen und mit Leben füllen. Dabei war es uns wichtig, über die Bedeutung der Werte nicht nur innerhalb einer politischen Strömung zu diskutieren, sondern im Dialog und auch im konstruktiven Streit mit anderen.

Die Grundwerteforen waren eingebettet in das Projekt „Gute Gesellschaft / Soziale Demokratie 2017plus“, ein Groß-



projekt der FES, bei dem in den nächsten Jahren Antworten auf die großen Zukunftsfragen unserer Gesellschaft gesucht werden.

Der vorliegende Band versammelt die Beiträge der Vertreterinnen und Vertreter der Parteien auf unseren drei Foren. Die Texte wurden von den Beteiligten leicht redigiert.

Yasmin Fahimi, damals Generalsekretärin der SPD und heute Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, betonte auf dem ersten Grundwerteforum am 29. April 2015, dass Freiheit eine rechtlich abgesicherte soziale Dimension haben muss, um zur Freiheit aller werden zu können. Sie könne nicht losgelöst von den anderen Grundwerten betrachtet werden.

Für Nicola Beer, Generalsekretärin der FDP, führt Freiheit zu Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität. In diesem Verständnis ist jeder Mensch frei, und darin findet der Staat seine Grenzen. Indem der Einzelne frei ist, übernimmt er Verantwortung für sich und seine Mitmenschen.

Konstantin von Notz, stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen lenkte den Blick auf die Bedrohung der Freiheit, da nach den terroristischen Anschlägen der jüngsten Vergangenheit häufig über die Einschränkung von Bürgerrechten diskutiert wird. Er plädierte für einen emanzipatorischen Freiheitsbegriff und eine umfassende Bürgerrechtspolitik, die der Verteidigung der Grundrechte, der sozialen Bürgerrechte, der Selbstbestimmung und Inklusion, der Vielfalt und Toleranz, der Beteiligung und Transparenz dienen müsse.

Bei unserer zweiten Veranstaltung am 22. Juni betonte *Thorsten Schäfer-Gümbel*, stellvertretender Vorsitzender der SPD, die Bedeutung eines handlungsfähigen Staates für eine

gerechte Gesellschaft. Der Markt allein schaffe keine Gerechtigkeit. Er plädierte für eine Politik, die auf Gerechtigkeit ausgerichtet ist – in der Wirtschaftspolitik, bei Bildung und auch bei Steuern. *Jens Spahn*, Präsidiumsmitglied der CDU, entgegnete, dass es nicht möglich sei, ein gerechtes System zu schaffen. Er betonte, jeder müsse für sich und für andere Verantwortung übernehmen und dazu befähigt werden.

Ralf Stegner, stellvertretender Vorsitzender der SPD, betonte beim Abschlussforum am 6. Oktober, dass die Grundtugend der Solidarität ein Wesenselement unserer Gesellschaft ist, getreu dem Motto: Die starken Schultern müssen mehr tragen. Dies gelte sowohl für Menschen als auch für Unternehmen. *Michael Kellner*, Politischer Geschäftsführer von Bündnis 90 / Die Grünen, wies darauf hin, dass sich Solidarität in seiner Partei stärker auf individuelles als auf kollektives Handeln beziehe. Sie sei in dieser Lesart eher ein individualistischer Wert, der vom Einsatz des Individuums lebe, anstatt von „oben“ verordnet zu werden. *Petra Pau*, Die Linke und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, betonte die politische und globale Position der Globalisierung. Sie müsse möglichst jeder und jedem ein Höchstmaß an individueller Entfaltung ermöglichen.

Wir danken an dieser Stelle allen, die zum Gelingen unserer Veranstaltungen und dieser Broschüre beigetragen haben. Demokratie braucht auch die Auseinandersetzung über das Grundsätzliche – das Verbindende und Trennende. Dann bleibt Demokratie vital, dann begeistert sie und nimmt die Menschen mit.

Wir hoffen, dass dieser Band dazu beitragen kann.

*Jochen Dahm, Christian Krell
Tobias Mörschel, Markus Trömmel*

Yasmin Fahimi, Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, vormals Generalsekretärin der SPD

FREIHEIT UND IHRE HEUTIGE GEFÄHRDUNG

Freiheit ist ein Begriff, der oft verwendet und häufig auch missbraucht wird. Das gilt keineswegs nur für Wahlslogans. Man sieht es, sobald man sich in der Welt ein wenig umschaute. Im Namen der Freiheit werden Kriege geführt, werden Revolutionen angezettelt – manchmal echte, oft genug aber auch Pseudorevolutionen –, es werden Paläste gestürmt, und es werden sogar im Namen der Freiheit, wie wir es kürzlich erlebt haben, Menschen enthauptet. Darum ist es so wichtig, dass wir uns über die Bedeutung und den Wert von Freiheit und darüber, mit welchen anderen Werten sie verbunden ist, Klarheit verschaffen.

Und es gibt nicht nur die missbrauchende, sondern auch die trivialisierende Seite von Freiheit. Welche Commercials, welche private Werbung in den Massenmedien kommt eigentlich heute noch ohne den Begriff „Freiheit“ aus? Nicht nur, dass Rock-‘n’-Roll-Musik manchmal dafür vereinnahmt wird, es finden auch gezielte Verdrehungen statt, als ob wir über unseren Konsum den höchsten Grad persönlicher Freiheit erreichen könnten. Das ist absurd.

Aber auch in der Politik, hier bei uns in Deutschland, bei bestimmten Parteien, ist ein ähnlicher Missbrauch zu beobachten. Das ist aus sozialdemokratischer Sicht zum Beispiel dann der Fall, wenn die wachsenden Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt als zunehmende Freiheit verkauft werden oder wenn die Flexibilisierung der Arbeitszeit in den Betrieben als reiner Freiheitsgewinn der Beschäftigten dargestellt wird. Da zeigt sich deutlich, was für uns maßgeblich ist: Freiheit kann nicht einfach nur für sich, losgelöst von den Grundwerten Gerechtigkeit und Solidarität, betrachtet werden, wenn sie als Freiheit aller und nicht lediglich als Freiheit einiger weniger verstanden werden soll – und das ist im Verständnis der Sozialdemokratie der unterscheidende, springende Punkt. Erst aus dem Zusammenspiel der drei maßgeblichen Grundwerte



Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ergibt sich das umfassende Verständnis von Freiheit, das wir meinen.

Wir können uns dabei auch auf Willy Brandt beziehen, der gesagt hat: „Wir wollen die Freisetzung der schöpferischen Fähigkeiten, die im Menschen angelegt sind. Wir wollen die Bewegungsfreiheit des Einzelnen in sozialer Verantwortung.“

Freiheit und soziale Verantwortung

Damit dieser Ausspruch kein leeres Versprechen bleibt, muss sein Sinn konkret gemacht werden. Was meinte Willy Brandt? Als Erstes, dass Freiheit zunächst die Abwesenheit von äußerem Zwang verlangt, die Möglichkeit, selbst entscheiden zu können. Das ist selbstverständlich. Aber er betont darüber hinaus besonders die „Freisetzung der schöpferischen Fähigkeiten“ eines jeden Menschen, die ja überhaupt nur in der



Gemeinschaft mit anderen möglich ist. Es geht also nicht um schöpferische Fähigkeiten des isolierten Einzelnen, sondern um die Entfaltung von Freiheit im sozialen Zusammenwirken. Freiheit kann es ohne die enge Verbindung mit der sozialen Dimension gar nicht geben. Es kommt also auf die konkrete Ausgestaltung der sozialen Lebenswirklichkeit jedes Einzelnen an. Das ist ein sehr wichtiger Aspekt im sozialdemokratischen Freiheitsverständnis.

Denn ein selbstbestimmtes Leben – darum dreht sich in unserem Verständnis alles – ist nur dann möglich, wenn es nicht nur verbrieft Rechte gibt, sondern darüber hinaus gleiche Lebenschancen für alle. Zur Freiheit, wenn sie einen wirklichen Gebrauchswert haben soll, gehört Gleichheit dazu, und zwar nicht im Sinne von Gleichmacherei, sondern eine Chancengleichheit, die allen Zugang zum gesellschaftlichen Reichtum verschafft: Bildung, Einkommen, Teilhabe, existenzielle und soziale Spielräume im Allgemeinen. Der beliebte Vorwurf gegen die Sozialdemokratie, sie wolle Gleichmacherei, war nie etwas anderes als eine bössartige Verdrehung. Das sozialdemokratische Verständnis von Gleichheit ist das Gegenteil davon, denn es zielt auf das gleiche Recht auf Freiheit, und zwar in dem skizzierten umfassenden sozialen Sinn.

Die Möglichkeit, formale Freiheitschancen auch tatsächlich zu nutzen, beruht immer auf verbrieften Rechten speziell auch in der sozialen Dimension, sie setzt soziale und wirtschaftliche Grundrechte voraus. Erst dann sind echte Wahlfreiheit und die Anerkennung der Person für alle real gesichert. Die Freiheit jedes Einzelnen ist – das war immer der Kern der sozialdemokratischen Tradition – untrennbar verbunden mit der Freiheit

aller anderen. Insofern gibt es einen Bezug zum Kollektiv – aber nicht im Sinne einer zwanghaften Abhängigkeit, sondern im Sinne der Anerkennung der Grenzen, die unsere Freiheit im Verhältnis zu anderen finden muss. Sonst müssten wir eine Gesellschaft von lauter Individuen haben, die miteinander nichts zu tun haben, in der dann aber mit Sicherheit stets die Stärksten ihre Freiheit auf Kosten der Schwächeren durchsetzen. Robinson Crusoe ist ja nicht frei gewesen. Er ist nur allein gewesen. Das ist etwas anderes. Wenn wir als Freie in einer menschlichen Gesellschaft zusammenleben wollen, dann müssen wir der Freiheit eine rechtlich abgesicherte soziale Dimension geben. Erst das garantiert dann, dass Freiheit zur Freiheit aller wird. Starke, echte, wirkliche Freiheit kann nicht nur für wenige da sein, sie muss für alle gelten. Das ist die sozialdemokratische Grundüberzeugung.

Welche Gefahren drohen heute der Freiheit?

Wir haben gerade schon gehört, dass wir zum Beispiel genau klären müssen, welche Auswirkungen die umfassende Digitalisierung auf unsere Freiheitschancen hat. Wir müssen uns mit einer ganz neuen Wirklichkeit auseinandersetzen und die Frage beantworten, was Freiheit im Netz eigentlich bedeutet – und zwar nicht nur aus dem Wertekanon heraus, sondern aus dem Lebensgefühl der Menschen. Viele empfinden die neuen Abhängigkeiten und Kontrollen vielleicht gar nicht als Freiheitsbeschränkung – andere schon. In Schweden gibt es Erfahrungen mit fast unbegrenzter Transparenz. Da ist sogar öffentlich, für jeden im Internet einsehbar, was jemand im Jahr verdient und wie viel Steuern er zahlt. Es ist auch ein-

sehbar, ob er zur Wahl gegangen ist oder nicht. Es gibt ein öffentlich zugängliches Wahlregister. Nicht, wen er gewählt hat, das würde selbst in Schweden etwas zu weit gehen, aber ob er überhaupt zur Wahl gegangen ist. Ich kann nachschauen und dann meinen Nachbarn fragen: Warum bist du zum letzten Mal nicht zur Wahl gegangen?

Mir geht das entschieden zu weit. Es gibt zu diesem Thema das wunderbare Buch: „Der Circle“. Das zeigt die letzten Konsequenzen dieses Trends. Da wird von den rigiden Internet-Apologeten die Freiheit komplett verdreht. Am Ende heißt es: Wenn du nicht dein ganzes Wissen, alle deine Informationen über dich, dein tägliches Tun und deine Erfahrungen dem Kollektiv im Netz zur Verfügung stellst, dann machst du alle anderen unfrei. Alles nach dem Motto (um es ganz simpel auszudrücken): Ich habe da ein tolles chinesisches Restaurant entdeckt und teile das niemandem mit, ich poste das nicht, dann ist das eine Form von Macht, es ist eine Wissensmacht, die ich mir aneigne, die unsolidarisch ist, die nicht beiträgt zu der gemeinsamen Erfahrung und dem gemeinsamen Wissen, und mindere damit die Freiheit anderer. So kann man Freiheit im Netzzeitalter auch definieren. Damit müssen wir uns auseinandersetzen.

Was ist denn heute die größte Gefahr? Wir müssen Freiheit eben immer wieder neu bestimmen und in einen aktuellen Kontext stellen. Die größte Gefahr für die Freiheit besteht aus meiner Sicht heute im Wirken des globalisierten Finanzkapitalismus – das haben wir ja in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten erlebt – und in der Ideologie der freien Märkte, die sie rechtfertigt. Der Kapitalismus, wie wir ihn heute erleben, ist nicht mehr eingebettet in politische, soziale und moralische Kontexte, sondern er entwickelt Formen, die ein nie gekanntes Maß an Krisenanfälligkeit und Ungleichheit erzeugen. Diese Ungleichheit, global und in unserer eigenen Gesellschaft, verringert die Chancen auf Bildung für viele, sie mindert die Chancen auf gleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung. Sie macht uns mehr und mehr abhängig von unserer Herkunft. Diese Form von Ungleichheit ist ein anderer Aspekt, den ich in die Freiheitsdebatte gerne einbringen möchte: dass nämlich die ökonomische Ungleichheit politische Ungleichheit und damit die Einschränkung der Freiheit vieler zur Folge hat.

Wir wachsen immer mehr in eine sozial gesplante Demokratie hinein, in der diejenigen der Wahl fernbleiben, die über geringe Einkünfte verfügen, die vielleicht schon lange Zeit arbeitslos sind, die vielleicht aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr voll teilhaben an der Gesellschaft. Und immer geringere soziale Teilhabe an unserer Gesellschaft führt dann zu einer immer geringeren politischen Teilhabe. Wir bekommen eine politische Demokratie, in der unsere gewählten Parlamente nicht mehr wirklich den Durchschnitt der Bevölkerung widerspiegeln. Das rüttelt am Fundament unseres Gemeinwesens.

Gesellschaftlicher Egoismus

Der dritte Aspekt, warum die Ideologie der freien Märkte aus meiner Sicht ein Problem für die Freiheit aller ist, ergibt sich daraus, dass wir zunehmend in gesellschaftlichen Egoismus verfallen, indem die Idee des sozial verantwortlichen Individuums – die wir Sozialdemokraten unterstützen – zerfällt. Es waren Sozialdemokraten, die mit der Bildungsreform reale Zugänge für alle geschaffen haben und damit die Chance für jeden auf das eigene Leben und den eigenen Lebensentwurf. Dieser emanzipatorische Prozess der Befreiung der Menschen aus entmündigenden Abhängigkeiten wird durch ein Verständnis von Individualismus verdreht, dem es nur noch um den Einzelkampf geht, darum, wie ich mich in einem Kapitalismus, in dem es vor allem um Wettbewerb geht, als Einzelkämpfer durchsetze. Es geht also um mehr, als nur über Freiheit zu philosophieren. Es geht darum, wie wir den entfesselten Finanzkapitalismus wieder zähmen können, wie wir Menschen Sicherheit in ihrer Lebensplanung geben können, Sicherheit in ihrer Erwerbsbiografie, Zugänge zu Bildung, Zugänge zu Gesundheit, global gesehen, auch Zugänge zu Wasser und Nahrungsmitteln.

Ich will mit einem Zitat von Ralf Dahrendorf enden, einem großen Sozialliberalen, der einmal gesagt hat: „Ich verachte jene negative Haltung, die sich liberal nennt, aber tatsächlich kaum etwas anderes ist als die Verteidigung der Positionen der Besitzenden.“ Wenn die vermeintliche Freiheit des Marktes die Freiheit nur für wenige bedeutet, dann ist es eben gar keine Freiheit. Ich kann diese Worte Dahrendorfs gerne teilen.

Nicola Beer, Generalsekretärin der FDP

FREIHEIT IST VORAUSSETZUNG FÜR GERECHTIGKEIT UND SOLIDARITÄT



Der Begriff der Freiheit geht für uns Freie Demokraten stets von der Freiheit des Einzelnen aus und gründet auf dem Vertrauen in den Menschen und seine Vernunft. Die Freiheit des Einzelnen ist Grund und auch Grenze unseres politischen Engagements. Für uns ist die Einzigartigkeit jedes Menschen Teil dieses Freiheitsbegriffs, seine Einzigartigkeit durch seine unterschiedlichen Talente, Potenziale, Fähigkeiten, Stärken und Schwächen. Dies verlangt auch die Anerkennung der Einzigartigkeit und ist damit das Gegenteil von Gleichmacherei; denn wenn jeder einzig ist, dann ist er auch unterschiedlich. Das bewirkt eine große Vielfalt. Und damit ist das Recht auf Verschiedenheit Teil des Freiheitsbegriffs und bedingt die Möglichkeit, seine Andersartigkeit, seine unterschiedlichen Vorstellungen zu entfalten. Diese Vielfalt der Anschauungen,

der Lebensweisen, der Möglichkeiten ist zuzulassen, anzuerkennen und gelegentlich auch auszuhalten.

Freiheit stellt sich immer gegen Bevormundung, egal, ob sie als wohlgemeinter Paternalismus oder ob sie mit „moralinem“ Zeigefinger daherkommt. Sie setzt auf Bildung und nicht auf Bevormundung. Sie setzt darauf, dass Menschen sich ihres eigenen Verstandes bedienen. Freiheit schafft die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Freiheit und Chancengleichheit, als Gleichheit am Start, nicht Gleichheit im Ergebnis, gehören untrennbar zusammen.

Die Freiheit des Einen findet hierbei ihre Grenzen in der Freiheit des Anderen, des Nächsten. Dieser Respekt vor dem Nächsten gilt nicht nur im Heute, sondern besteht auch über Generationengrenzen hinweg darin, die Freiheit nachgeborener Generationen nicht einzuschränken oder gar zu verbrauchen, weder durch Schuldenberge noch Ressourcenverbrauch.

Freiheit muss immer wieder neu erkämpft werden

Freiheit ist ein zerbrechliches Gut. Man besitzt sie nicht auf Dauer, sie muss immer wieder neu erkämpft werden. Damit verlangt Freiheit auch Mut und ist das untrennbare Pendant zum Begriff der Verantwortung. Für die Freien Demokraten ist es nicht der Staat, der Freiheit gewährt, sondern es ist genau andersherum: Die Menschen sind frei und darin findet der Staat seine Grenze. Etwa indem ich mir meine Privatheit bewahren kann.



Freiheit ist kein Privileg, sie ist Anspruch jedes einzelnen Bürgers. Folgerichtig ist die Befähigung des Einzelnen zu einem selbstbestimmten Leben für uns Freie Demokraten Grundlage der Politik. Das bedeutet auch, sich um diejenigen zu kümmern, die Unterstützung benötigen, um ihre Freiheiten voll ausschöpfen zu können. Hier bedarf es rechtsstaatlicher Regeln und fairer Chancen.

Die anderen Parteien setzen eher auf das Kollektiv, bei den Freien Demokraten steht immer der Einzelne im Mittelpunkt. Von ihm gehen Freiheit und Verantwortung aus. Indem der Einzelne frei ist, übernimmt er Verantwortung, und das nicht nur für sich selbst, sondern auch für seine Mitmenschen.

Wir Freien Demokraten nehmen die Menschen ernst in ihren Wünschen, Zielen, ihren Träumen. Wir wollen Angebote machen für diejenigen, die in diesem Land etwas nach vorn bewegen wollen, um diese Vorstellungen umzusetzen, um

etwas besser zu machen in unserem Land, um auch voranzukommen, und zwar gemeinsam mit anderen. Wir wollen die Menschen stark machen, nicht, damit sie ihre Ellenbogen gebrauchen, sondern damit sie diese Freiräume nutzen können. Wir wollen ihnen wieder Lust am Gestalten geben; hiervon geht aus, was unsere Gesellschaft ausmacht. Da trifft sich Verantwortung, Eigenverantwortung mit Solidarität – zwei Begriffe wie zwei Seiten einer Medaille, weil eben aus der Übernahme von Verantwortung für uns selbst auch die Solidarität entsteht, die ein freier Mensch ausübt.

Freiheit ist für uns daher der beste Treibstoff für eine Gesellschaft. Sie setzt Energien und Kräfte frei. Sie kann neue Ideen befördern, oft auch gegen Widerstände. Freiheit ist der umfassendste Begriff, sie führt hin zu Chancengleichheit, zu Gerechtigkeit, zu Solidarität. Sie ist deswegen für Freie Demokraten Richtschnur, Maß und Instrument für eine Politik für die Menschen in unserem Land.

Konstantin von Notz, stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion
von Bündnis 90 / Die Grünen

BEDROHTE FREIHEIT



Unsere Freiheit ist bedroht. Nach den entsetzlichen Anschlägen von Paris laufen die innen- und sicherheitspolitischen Diskussionen über Einschränkungen unserer verfassungsrechtlich legitimierte Freiheitsrechte einmal mehr auf Hochtouren. Der in Frankreich bereits nach den Attentaten auf „Charlie Hebdo“ begonnene Ausverkauf von Bürgerrechten wird derzeit fortgesetzt. Doch auch in Deutschland und anderen Ländern der Europäischen Union tönen von vielen Seiten laut die Forderungen nach mehr Sicherheit. Sie beruhen allesamt auf einem Verständnis von Sicherheit als Gegenbegriff zur Freiheit und werfen dabei reflexartig Verfassungsprinzipien über Bord.

Einer vor allem von konservativer Seite erneut propagierten Militarisierung der Innenpolitik und dem damit verbundenen Bruch elementarer Verfassungsprinzipien müssen wir uns als

Demokraten entschieden entgegenstellen. Eine derzeit weitverbreitete „Kriegsrhetorik“ ist nicht nur kontraproduktiv im Hinblick auf notwendige sicherheitspolitische Konsequenzen, sie gefährdet die mühsam erkämpften Errungenschaften unserer freien westlichen Demokratien.

Gerade in diesen Tagen ist es wichtiger denn je, besonnen zu agieren und unsere freiheitlichen Rechtsordnungen zu verteidigen. Denn ihre Infragestellung oder stückweise Aufgabe würde letztendlich einen Erfolg der Terroristen bedeuten.

Ausverkauf von Bürgerrechten verhindern – taugliche Instrumente identifizieren

In den Fokus der jüngsten Diskussionen gelangen erneut höchst bürgerrechtsfeindliche Instrumente, die darüber hinaus offensichtlich sicherheitspolitisch weitgehend untauglich sind. So konnte die in Frankreich bereits vor knapp zehn Jahren eingeführte Vorratsdatenspeicherung weder die mörderischen Anschläge im Januar noch die Attentate im November dieses Jahres verhindern. Statt voreilig auf derartige Instrumente zu setzen, müssen wir, so schwer es angesichts der Brutalität der Anschläge fällt, gerade jetzt höchst rational agieren.

Notwendig ist zunächst eine systematische und professionelle Auswertung der derzeit noch sehr spärlichen Informationen. Anschließend muss eine genaue Analyse der Schwachstellen im Bereich der inneren Sicherheit und der daraus resultierenden Bedrohungslage erfolgen.

Fest steht schon jetzt, dass wir eine bessere internationale Abstimmung und Zusammenarbeit brauchen, die hohen rechtlichen Standards gerecht wird. Darüber hinaus setzen wir auf eine zielgerichtete Gefahrenabwehr, die auf der

soliden Arbeit einer gut ausgestatteten und international vernetzten Polizei beruht. Ihr Schwerpunkt muss auf einer zielgerichteten und engmaschigen Überwachung bei konkreten Verdachtsmomenten statt auf einer flächendeckenden Überwachung der gesamten Zivilbevölkerung liegen. Denn Letztere bindet an anderer Stelle dringend benötigte Ressourcen und erschwert die nötige Fokussierung. Technik kann gute Polizeiarbeit nicht ersetzen.

Prävention und Deradikalisierung

Die jüngsten Ereignisse verdeutlichen, dass wir entschieden dafür eintreten müssen, Menschen zu integrieren und ihnen eine Perspektive in unserer Gesellschaft zu bieten. Wenn in europäischen Städten ganze Stadtteile und deren Bewohner_innen aufgegeben und dadurch zu Rückzugsgebieten für gewaltbereite Extremisten werden, bedeutet dies in erster Linie ein massives Versagen der Politik.

Die effektivsten Mittel, um eine Radikalisierung zu verhindern, sind gelebte Willkommenskultur und eine schnelle Integration – auch und gerade in den Arbeitsmarkt. Europa-weit müssen wir Präventions- und Deradikalisierungsprogramme stärken. Dabei müssen vor allem zivilgesellschaftliche Ansätze stärker gefördert werden als bisher.

Wir müssen entschiedener denn je dagegen angehen, dass junge Menschen sich von unserer offenen Grundordnung abwenden und sich menschenverachtenden Ideologien wie dem gewaltbereiten Dschihadismus zuwenden.

„Freedom dies by inches“ – auch in einer Demokratie

Nicht häufig tritt die Verletzlichkeit unserer freiheitlichen Grundordnung so offen zutage wie in der aktuellen Sicherheitsdiskussion. „Freedom dies by inches“, heißt es im Amerikanischen. Freiheit wird nicht abgeschafft – in der Regel wird sie perforiert und stirbt nahezu unbemerkt Stück für Stück. Davor bewahrt uns auch die Demokratie nicht. Die Geschichte lehrt uns vielmehr, dass rechtsstaatliche und freiheitliche Positionen auch auf demokratischem Fundament verletzlich sind.

Gegenwärtig ist eine ernste und nur auf den zweiten Blick erkennbare weitere Bedrohung unserer Freiheit der rasante technologische Fortschritt. Neben allen Chancen und Lebensverbesserungen, die er zweifellos mit sich bringt, dürfen erhebliche Gefahren für unsere Privatsphäre und die informationelle Selbstbestimmung des Individuums nicht übersehen werden: Die totale Überwachung der Zivilbevölkerung und eine völlig entgrenzte Spionage zwischen mehr und weniger befreundeten Staaten sind heute technisch möglich und vielfach traurige Realität. Das zeigt derzeit die Aufklärung im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages. Auf diese verlockenden technologischen Möglichkeiten dürfen wir als Demokraten in der jetzigen Diskussion rund um die Pariser Anschläge und ihre Konsequenzen nicht reinfallen.

Gerade jetzt müssen wir das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit, von rechtlichen Befugnissen der Dienste und ihrer



parlamentarischer Kontrolle, von notwendigem Geheimschutz und öffentlicher Debatte wahren. Gleichzeitig zwingen uns die bisherigen Erkenntnisse aus der sogenannten NSA-Affäre, die längst auch eine BND-Affäre ist, das Verhältnis von freiem Rechtsstaat und staatlichem Geheimnis grundlegend und neu zu hinterfragen. In dieser scheinbar paradoxen Situation befinden wir uns derzeit – sowohl als Gesellschaft als auch als Gesetzgeber.

Geheimnisse im Rechtsstaat

Meine Position und die meiner Fraktion ist klar: Zwar muss es Geheimdienste weiterhin geben, aber ihre Arbeit muss im Dienst der Freiheit stehen und einer tatsächlich effektiven parlamentarischen Kontrolle unterzogen werden.

Edward Snowdens Enthüllungen über eine verdachtsunabhängige Massenüberwachung der gesamten Zivilbevölkerung und die anhaltenden Skandale über die Arbeitsweise deutscher und ausländischer Dienste machen deutlich, dass wir hier ein neues Grundverständnis brauchen. Wir brauchen eine gesellschaftliche Diskussion darüber, was Geheimdienste im digitalen Zeitalter dürfen sollen – und was eben nicht. Zuerst kommt es auf klare gesetzliche Vorgaben an. Auch hier gab es in den vergangenen Jahren, darauf wiesen die drei Staatsrechtler Hoffmann-Riem, Papier und Bäcker in einer denkwürdigen Anhörung des Ausschusses hin, ganz erhebliche Mängel.

In Demokratien muss eine unabhängige und effektive parlamentarische Kontrolle der Rechtsstaatlichkeit geheimdienstlicher Arbeit eine Selbstverständlichkeit sein. Dies setzt zunächst eine umfassende und richtige Information der parlamentarischen Kontrollgremien voraus. Das Verhalten der Bundesregierung und der Dienste in der NSA- und BND-Affäre offenbarte in diesem Zusammenhang Versäumnisse bislang ungeahnten Ausmaßes. Bewusst informierte man jahrelang unzureichend und falsch. All diese Erkenntnisse zeigen, dass eine grundlegende Reform der Geheimdienste, die deren Arbeit auf rechtsstaatlichen Boden zurückholt, dringender denn je ist.

Transparenz muss in einem demokratischen Rechtsstaat die Regel sein. Nur in sehr begründeten Ausnahmefällen darf es staatliche Geheimnisse geben, dies aber auch nur auf begrenzte Zeit. Nach 20, spätestens 25 Jahren muss, dafür plädiere ich, die Öffentlichkeit Informationen auch zu ehemals geheimen Sachverhalten erhalten. In anderen Ländern ist längst selbstverständlich, woran es bei uns noch mangelt.

Doch Bürgerinnen und Bürger müssen verstehen können, in welchen gesellschaftlichen Zusammenhängen sie leben. Es darf nicht sein, dass ganze Bereiche der Sicherheitspolitik ein für alle Mal in dunklen Archiven vor dem kritischen Blick von Parlament und Öffentlichkeit versteckt bleiben. Dennoch erleben wir derzeit Versuche, weite Politikbereiche – teils mit höchst fragwürdigen Argumentationen – einer zukünftigen Nachvollziehbarkeit zu entziehen.

Freiheit nicht statisch denken

Der technische Fortschritt, der eine Massenüberwachung der Zivilbevölkerung erst möglich gemacht hat, verdeutlicht, dass die Bedeutung des Freiheitsbegriffs fortlaufend überprüft werden muss. Nur so können wir dessen Inhalte bestimmen, anpassen und angemessen schützen. Bedrohungen unserer Freiheit sind heute weitaus weniger offensichtlich als früher. Das digitale Zeitalter stellt uns in dieser Hinsicht vor besondere Herausforderungen, die uns nicht abschrecken dürfen – im Gegenteil: Es ist wichtiger denn je, die nötigen Anstrengungen zu unternehmen, um Bedrohungen für die informationelle Selbstbestimmung und die Privatsphäre zu identifizieren und die freiheitliche Grundordnung vor ihnen zu schützen.

Bürgerrechte im digitalen Zeitalter

1983 erkannte das Bundesverfassungsgericht das informationelle Selbstbestimmungsrecht als eigenständiges Grundrecht an. Das Urteil brachte eine Diskussion in Gang, die dem Freiheitsbegriff in den vergangenen 20 Jahren eine völlig neue Dimension verliehen hat. Der Schutz digitaler Bürgerrechte und selbstbestimmter Teilhabe durch Transparenz ist heute unabdingbar für eine moderne demokratische Gesellschaft.

Unsere Aufgabe ist es, die fortschreitende Digitalisierung freiheitlich zu gestalten. Nicht nur in den sozialen Netzwerken muss ein angemessener Daten- und Verbraucherschutz gewährleistet werden. Wir brauchen mehr Transparenz durch Informationsfreiheit, Open Data, Whistleblowing und einen effektiven Schutz gegen staatliche und unternehmerische Massenüberwachung. Fehlentwicklungen wie einer anlasslosen Massenüberwachung der gesamten Bevölkerung, beispielsweise im Zuge der gerade wieder eingeführten, höchst bürgerrechtsfeindlichen Vorratsdatenspeicherung, müssen wir entgegentreten. Das Bundesverfassungsgericht wirkte in den vergangenen Jahren immer wieder als Korrektiv einer Politik, die die Grundrechte negierte. Aufgrund eines mangelnden Verständnisses der Großen Koalition für den



Wert und die Notwendigkeit des Schutzes unserer Grundrechte werden Vertreterinnen und Vertreter meiner Fraktion und ich erneut in Karlsruhe gegen die Massendatensammlung klagen müssen.

Unterschätzte Überwachung

Viele Menschen reagieren auf den Überwachungsskandal erstaunlich nüchtern. Vereinzelt meint man sogar, es sei doch ganz egal, ob wir in den sozialen Netzwerken überwacht würden. Ernsthaft interessiert sich doch kein amerikanischer Geheimdienst für das Facebook-Verhalten einzelner Bürgerinnen und Bürger. Außerdem sei Überwachung doch im Alltag nicht spürbar. Und schließlich habe ja nichts zu befürchten, wer nichts zu verbergen habe. Derartige Argumentationen führen in die rechtsstaatliche Sackgasse. Sie bereiten den Boden dafür, dass die Grenzen verwischen – Grenzen zwischen Demokratien, in denen das informationelle Selbstbestimmungsrecht als Lehre aus unserer Geschichte von größter Bedeutung ist, und solchen Staaten, in denen der Schutz des Individuums keine Rolle spielt und totalitäre Überwachung erklärtes Staatsziel ist.

Diese Stimmen übersehen zudem die Bedeutung der Überwachung noch so alltäglicher Bereiche. Sie hat schon heute ganz konkrete und unmittelbare Folgen, wie zum Beispiel die Gewährung oder Versagung eines Bankkredits aufgrund des Scorings unseres Internetverhaltens. Etwas weniger offensichtlich sind die Folgen noch weitaus drastischer: Eine

Gesellschaft verändert sich, und sei es unbewusst, wenn sie unter Beobachtung steht. Ein Mensch unter Beobachtung ist niemals frei – ob nun bewusst oder unbewusst. Man passt sich an, um ja nicht aufzufallen. Die Schere im Kopf eines jeden wird gesellschaftliche Realität. Die „slippery road“ ist steil – und an ihrem Fahrbahnrand stehen staatliche Überwachungskameras vor gigantischen Serverräumen von Unternehmen, deren Traum es ist, uns alle mit dem perfekten Algorithmus sekundlich zu vermessen und zu vermarkten.

Es ist von größter Bedeutung, ein gesellschaftliches Bewusstsein für diese im Digitalen heute oftmals unsichtbaren Bedrohungen zu entwickeln. Gleichzeitig dürfen wir die großen Freiheitspotenziale, die die Digitalisierung und die Verbreitung des Internets eröffnen, nicht übersehen. Das 21. Jahrhundert erfordert deshalb einen emanzipatorischen Freiheitsbegriff und eine umfassende Bürgerrechtspolitik. Sie muss der Verteidigung der Grundrechte, der sozialen Bürgerrechte, der Selbstbestimmung und Inklusion, der Vielfalt und Toleranz, der Beteiligung und Transparenz dienen.

Schutzpflicht des Staates

Dabei sind Grundrechte nicht allein Abwehrrechte des Einzelnen gegen den Staat. Dies gilt auch für digitale Bürgerrechte. Die Verfassung überträgt dem Staat die Pflicht, unsere Grundrechte zu gewährleisten und zu schützen. Hierzu gehört nicht nur der effektive Schutz vor staatlicher und unternehmerischer Ausspähung, sondern auch der Schutz

unserer digitalen Infrastrukturen. Auch dies betonten die drei Staatsrechtler in der Anhörung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Mai 2014 unisono.

Freiheit global denken

Zum Gebot, Freiheit nicht statisch zu denken, gehört es, auch die globale Perspektive mit einzubeziehen. Neben allen auch daraus erwachsenden Herausforderungen bietet sie Möglichkeiten, der Bedrohung unserer Freiheitsrechte effektiver zu begegnen: mit Instrumenten und völkerrechtlichen Übereinkünften, die über nationale Grenzen hinausgehend bindend sind.

Dabei ist zunächst erneut eine Begriffsklärung nötig. Welche Freiheit meinen wir eigentlich – eine nationale? Oder meinen wir, im Sinne Willy Brandts, eine „Freiheit für viele, nicht nur für die wenigen“? Muss man nicht, gerade in Zeiten dieses großen Flüchtlingsstroms, der das Elend der Welt widerspiegelt, von einem globalen Freiheitsbegriff ausgehen? Deutlicher wird: Wir können uns nicht mehr auf ein nationales Freiheitsgefühl beschränken. Es muss uns vielmehr um die Freiheit aller Menschen gehen, für die wir Verantwortung tragen.

Europäische Grundwerte schützen

Auf EU-Ebene haben wir uns in den Verträgen und der EU-Grundrechtecharta auf einen verbindlichen Wertekodex geeinigt. Nun müssen wir dafür Sorge tragen, dass diese Grundwerte von den Mitgliedstaaten auch geachtet und geschützt werden. Antidemokratischen und antifreiheitlichen Entwicklungen, wie wir sie derzeit in zahlreichen EU-Mitgliedstaaten beobachten, müssen wir deshalb entschieden als europäische Wertegemeinschaft begegnen. So auch den Abhöraktionen durch den britischen Geheimdienst GCHQ: Mit seinem Überwachungsprogramm Tempora erfasste er großflächig die rein innerstaatliche elektronische Kommunikation anderer Mitgliedstaaten. Diese Überwachungspraxis verstößt gegen europäische Grundrechte, das Diskriminierungsverbot sowie die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Wir halten ein Vertragsverletzungsverfahren gegen das Vereinigte Königreich daher für dringend erforderlich. Grundrechte dürfen nicht nur auf dem Papier gelten.

Die Freiheitlichkeit der Kommunikation und der Schutz des Privatlebens gehören zu den gemeinsamen Grundlagen einer freiheitlichen Demokratie. Sie zählen gemäß Art. 2 EUV zu den Grundwerten der Europäischen Union, für die wir auf europäischer Ebene entschieden eintreten müssen. Die jüngste Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, seine Urteile zum Safe-Harbor-Abkommen und zur Vorratsdatenspeicherung, ermutigen uns.

Angesichts der im Untersuchungsausschuss ans Tageslicht gekommenen Praktiken erscheint auch das Verhalten deutscher Dienste höchst zweifelhaft. Der Kanzlerinnen-Ausspruch „Abhören unter Freunden geht gar nicht!“ schien bis zum Bekanntwerden der Snowden-Enthüllungen jedenfalls nicht zu gelten. Es ist nur eine Frage der Zeit, dass zu klären sein wird, ob auch die Bundesrepublik Deutschland als EU-Mitgliedstaat jahrelang gegen geltendes EU-Grundrecht verstoßen hat.

Kultureller Wandel

Sämtliche Skandale der jüngsten Vergangenheit, die das Verhältnis von Geheimnis und offener Rechtsordnung betreffen, machen deutlich: Es braucht einen kulturellen Wandel.

Über die Regelung einzelner Sachverhalte hinaus müssen wir ein Grundverständnis vom offenen und transparenten Staat entwickeln. Dies betrifft die genannten grundrechtsempfindlichen Bereiche, in denen ganz offensichtliche Defizite zutage getreten sind. Aber auch in weniger öffentlichkeitswirksamen Bereichen gilt es umzudenken: In einer freiheitlichen Ordnung hat der Mensch das Recht darauf, die Bezüge zu verstehen, in denen er lebt. Der freie Zugang zu sämtlichen Informationen ist hierfür unerlässlich und muss die Regel sein. Diese Auffassung muss Konsens werden. Denn Offenheit und Transparenz sind unverzichtbar für eine durch den selbstbestimmten Bürger legitimierte Politik.

Die jüngsten Angriffe auf unsere rechtsstaatliche Ordnung und die daraufhin von konservativer Seite irrational geführte Sicherheitsdebatte erschweren den Einsatz für die Freiheit derzeit erheblich. Er ist aber wichtiger denn je.

Thorsten Schäfer-Gümbel, stellvertretender Vorsitzender der SPD

GERECHTIGKEIT – EIN SOZIALDEMOKRATISCHER WERTEKOMPASS

„Wer Unrecht duldet, stärkt es!“ Starke Worte von Willy Brandt. Starke Worte, die für die Sozialdemokratie einen Kompass bilden. Unser Ziel ist mehr Gerechtigkeit. Denn wer für Gerechtigkeit eintritt, sorgt für eine starke Gemeinschaft. Wer stattdessen Ungerechtigkeit akzeptiert, gefährdet den Zusammenhalt von Gesellschaften.

Gerechtigkeit steht dabei im Dreiklang mit Freiheit und Solidarität. Sie bilden die drei Grundwerte für die SPD, die nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Sie gelten nicht nur aus geschichtlicher Verbundenheit, sondern auch für gegenwärtige Entscheidungen und zukünftige Visionen. Auch wenn die jeweilige Ausgestaltung sich im Wandel der Zeit den Ansprüchen der Gesellschaft anpasst, weisen sie eine Allgemeingültigkeit auf, die Bürgern, Mitgliedern und Mandats-trägern Orientierung bietet.

Was ist Gerechtigkeit?

Was genau ist gerecht? Das ist vielseitig interpretierbar. Die Theoretiker debattieren den Stellenwert von individueller gegenüber gemeinschaftlicher Gerechtigkeit. Sie debattieren die Rolle von Verteilungsmechanismen und Freiheiten des Marktes. Diese Debatten sind wichtig, denn Gerechtigkeit ist keine objektive Größe. Sie wird ständig neu ausgehandelt, wandelt sich mit den Wertvorstellungen von Gesellschaften, aber auch mit den Maßstäben, die individuell angelegt werden. Gerechtigkeit ist außerdem relativ. Sie wird sichtbar, indem wir die Verhältnisse einzelner Menschen miteinander vergleichen. Allgemein ist heute anerkannt, dass Gerechtigkeit gegeben ist, wenn gesellschaftliche Mechanismen der Verteilung von materiellen und immateriellen Gütern greifen und diese auch von allen Mitgliedern der Gemeinschaft als gerecht eingestuft und damit legitimiert werden.¹

¹ Vgl. dazu vor allem Gombert, Tobias u.a.: Lesebuch der Sozialen Demokratie. Band 1: Grundlagen der Sozialen Demokratie, 2. Aufl., Bonn 2008, S. 20.



Gerechtigkeit wird in der Literatur als Tugend bezeichnet. Wenn Menschen sich gerecht verhalten, stärken sie mit ihrer Interaktion das soziale Gefüge. „Gerechtigkeit ist nicht nur eine individuelle Tugend oder Zeichen eines persönlichen Verhältnisses, sondern auch ein leitendes Prinzip menschlichen Zusammenlebens“², schrieb Gesine Schwan. Sie betont, dass Gerechtigkeit auch immer wieder einen Bezug zur Gleichheit enthält. Selbst wenn Unterschiede in Gesellschaften anerkannt sind – zum Beispiel die unterschiedliche Entlohnung für unterschiedliche Arbeiten –, so muss doch gelten, dass für gleiche Dinge die gleichen Bedingungen herrschen – wie gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Ist der Staat für diese Gerechtigkeit zuständig? Die Liberalen werden hier verneinen. Sie preisen den Markt. Für die SPD ist

² Schwan, Gesine: Dimensionen zukünftiger Gerechtigkeit, in: Kellermann Christian und Meyer, Henning (Hrsg.): Die Gute Gesellschaft. Soziale und demokratische Politik im 21. Jahrhundert, Frankfurt/M. 2013, S. 68.

die Ausrichtung klar: Ja, ein handlungsfähiger Staat kann Gerechtigkeit erzeugen, mehr als der Markt. „Der sich überlassene Markt ist verteilungsblind: Er garantiert gerade keine gerechte und inklusive Gesellschaft“, so Sigmar Gabriel und Julian Nida-Rümelin, stattdessen führe die Effizienz eines Marktes zu Ausgrenzung bzw. Privilegien.³

Der sozialen Gerechtigkeit kommt dabei in unserer sozialen Marktwirtschaft eine besondere Rolle zu. Wolfgang Merkel und Mirko Krück entwickelten die Prinzipien für soziale Gerechtigkeit für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Diese umfassen unter anderem den gleichen Zugang zu Grundgütern, die für die Entfaltung von Lebenschancen des Einzelnen notwendig sind, sowie die Stärkung der Fähigkeiten, um die persönliche Autonomie, Würde, Entscheidungsfreiheit, Lebenschancen und Optionsvielfalt zu sichern und zu erweitern. Merkel und Krück entwickelten die fünf Dimensionen „sozialer Gerechtigkeit“: die Vermeidung von Armut, Chancengerechtigkeit durch Bildung sowie einen integrativen Markt, die besondere Beachtung der Frauen sowie die soziale Sicherung. Dabei sprechen Merkel und Krück vor allem von der Schaffung von Zugangschancen. Sie seien besser geeignet für soziale Gerechtigkeit als nachträgliche sozialstaatliche Maßnahmen.⁴

Sozialdemokratie und Gerechtigkeit

Auch bei uns hat sich die Einordnung von Gerechtigkeit in unserer über 150-jährigen Geschichte verändert. Gleichheit prägte die SPD bis zum Godesberger Programm. Sie stand für die Überwindung von Unfreiheiten und ausbeuterischen Produktionsverhältnissen, allen voran im Bereich der Arbeit. Gleichheit bei der Mitbestimmung war das Ziel. In Zeiten Willy Brandts stand die Chancengleichheit im Fokus. Gesellschaftliche Ungleichheiten wurden akzeptiert, doch es entstand der Wille zu sozialem Aufstieg. Bildung rückte in unseren Fokus und damit auch das Eingeständnis, dass nicht nur materielle Güter, sondern auch Teilhabe und Bildungschancen einen immensen Anteil an sozialer Gerechtigkeit hatten. Zu Zeiten Gerhard Schröders wurde der Begriff zur Chancengerechtigkeit erweitert. Es ging um Verteilung und Leistung – Verteilung ja, doch bitte mit Gegenleistungen à la „Fördern und Fordern“.⁵ Leistungsgerechtigkeit ist bei uns als Partei der Arbeit seit jeher eines der konstitu-

tiven Elemente unseres Gerechtigkeitsbegriffs. Leistung wurde jedoch dann erst wirklich salonfähig bei der Sozialdemokratie.

Heute bin ich mir ehrlich gesagt unsicher, welche Prägung wir gerade vorfinden – wahrscheinlich eine Mischung aus allem. Denn alle sind weiterhin aktuell. Gleichheit ist weiterhin nicht durchgesetzt. Immer noch muss die SPD für „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ kämpfen. Immer noch werden Frauen schlechter bezahlt oder stoßen an gläserne Decken oder werden Menschen aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert. Chancengleichheit wie zu Willy Brandts Zeiten – damals haben wir eine große Bildungsrevolution gestartet. Doch immer noch haben Kinder aus sozial schwächeren Milieus nicht die gleichen Chancen wie Kinder aus reichen Familien. Auch eine zweite oder gar dritte Chance erhält man oft nicht. Dabei ist Bildung der Schlüssel für den Wohlstand unserer Gesellschaft. Und auch Gerhard Schröders „Fördern und Fordern“ ist präsent, zuletzt mit den Forderungen aus der SPD, die vielen Geflüchteten müssten sich an unsere Werte und Gesetze halten, wenn sie eine Förderung erhalten wollen. Alles bereits Gesetz, alles richtig. Doch kommen wir zurück zu Willy Brandt: Wir müssen auch dafür sorgen, dass alle, die es wollen, auch an Sprachkursen und Weiterbildungen teilnehmen können, dass sie die Möglichkeit zu lernen unabhängig von ihrer Herkunft erhalten. Gerne verweise ich hier auf unser sehr gutes Grundsatzprogramm: „Gerechtigkeit gründet in der gleichen Würde jedes Menschen. Sie bedeutet gleiche Freiheit und gleiche Lebenschancen, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht.“⁶

Egal ob Chancengerechtigkeit oder -gleichheit: Uns geht es um Durchlässigkeit. Jede und jeder muss immer wieder die Chance erhalten, einen neuen Weg zu beschreiten. Wir als Politiker und vor allem wir als SPD müssen dafür sorgen, dass diese Wege durchlässig bleiben – beim Zugang zu Bildung, am Arbeitsplatz, bei sozialer Sicherung, bei Kultur und Demokratie. Denn Gerechtigkeit ist nicht nur eine Frage des vollen oder leeren Portemonnaies. Gerechtigkeit ist auch eine Frage von Teilhabe, von gleichen Freiheiten und Zugängen. Gerne zitierte ich noch einmal aus unserem Grundsatzprogramm: „Daher erfordert Gerechtigkeit mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht. Denn große Ungleichheiten in deren Verteilung gefährden die Gleichheit der Lebenschancen. Deswegen ist die Soziale Demokratie notwendig.“⁷

³ Vgl. Gabriel, Sigmar und Nida-Rümelin, Julian: Wertorientierung und Politik: Die SPD als Wertepartei, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, Nr. 10 / 2012, S. 6.

⁴ Vgl. Merkel, Wolfgang und Krück, Mirko: Soziale Gerechtigkeit und Demokratie: auf der Suche nach dem Zusammenhang, Bonn 2003, <http://library.fes.de/fulltext/id/01706.htm>

⁵ Vgl. dazu vor allem Gombert, Tobias u.a.: Lesebuch der Sozialen Demokratie. Band 1: Grundlagen der Sozialen Demokratie, 2. Aufl., Bonn 2008, S. 34f.

⁶ Hamburger Grundsatzprogramm, S. 15, https://www3.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf

⁷ Ebd.



Die SPD war und ist dabei auch immer eine Partei der internationalen Gerechtigkeit gewesen. Internationale Solidarität gehörte zu unseren Grundfesten. Zu Willy Brandts Zeiten als Präsident der Sozialistischen Internationale war der Nord-Süd-Konflikt ständiges Thema. Und gerade jetzt erfährt die internationale Gerechtigkeit einen großen Aufwind – nicht zuletzt aufgrund der immensen Migrationsbewegungen auf der ganzen Welt, die unser politisches System herausfordern. Die SPD muss daher in ihrer Politik noch stärker die internationale Dimension mitdenken, beispielsweise bei der Handelspolitik, die für Fragen sozialer Gerechtigkeit zentral ist.

Gerechtigkeit bei anderen Parteien

Spannend ist der Begriff der sozialen Gerechtigkeit bei anderen Parteien. Auch die Konservativen berufen sich auf Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als ihre Grundwerte. Man könnte folglich denken, wir verfolgen den gleichen politischen Weg, sehen die gleichen Herausforderungen, wollen die gleichen Lösungen. Doch dies ist mitnichten so. Formale Freiheit steht in einer Werthierarchie der Konservativen an erster Stelle. Die anderen Werte sind ihr nachgeordnet, mehr als eine formale Beziehung zwischen ihnen existiert nicht. Ich halte es jedoch für grundlegend falsch, die Werte gegeneinanderzustellen, sie zu hierarchisieren. Werte stehen in Beziehung zueinander. Darüber hinaus zeigen viele Debatten in der Union, dass die Grundwerte immer stärker ins Strudeln geraten – sei es bei der Debatte über Sicherheit, die Freiheit stark begrenzt, oder gar über Solidarität, die bei den meisten Mitgliedern der Union bei der Flüchtlingsproblematik zu wünschen übrig lässt. Der Begriff „Gerechtigkeit“ wird sogar für rechtspopulistische Ansichten und Ideen missbraucht.

Auch die grundlegenden Politikkonzepte der Union beinhalten keine Konzeption von Gerechtigkeit und Zusammenhalt – bestes Beispiel ist die Idee der Kopfpauschale im Gegensatz zu unserem Konzept der Bürgerversicherung. Während mit der Bürgerversicherung das solidarische Beitragssystem gestärkt werden soll, wird im Modell der Kopfpauschale das Solidarprinzip fundamental durchbrochen. Dies führt zu Zweiklassen-Medizin, Risikoselektion von Versicherten und zur Entsolidarisierung der Krankenversicherung. In Bezug auf Gerechtigkeit zeigt sich: Wir wollen, dass starke Schultern mehr tragen. Die Union macht da jedoch keine Unterschiede.

Die Grünen haben in den letzten Wahlprogrammen einen stärkeren programmatischen Ausflug in die soziale Gerechtigkeit gemacht: Steuergerechtigkeit, ein starkes soziales Sicherungssystem, durchlässige Schulsysteme. Im Grundsatzprogramm heißt es: „Wir verbinden Ökologie, Selbstbestimmung, erweiterte Gerechtigkeit und lebendige Demokratie.“ Und weiter: „Bündnisgrüne Politik steht für Teilhabegerechtigkeit, für Generationengerechtigkeit, für Geschlechtergerechtigkeit und für Internationale Gerechtigkeit.“⁸ Welche Rolle die Gerechtigkeitsfrage zukünftig bei den Grünen spielen wird, ist allerdings innerhalb der Partei umstritten. Der klare Unterschied zu uns ist die Rolle von Arbeit. Wir als SPD sind die Partei der Arbeit, der guten Arbeit. Unser Zugang zu Aufstieg und Teilhabe ist über gute Jobs. Bei den Grünen steht jedoch die Ökologie an erster Stelle – und damit oft genug in Kontrast zu Arbeit. So zeigt sich in vielen politischen Feldern, dass die Grünen bei ihren Entscheidungen doch eine Partei der Sorglosen bleiben, die sich um den Ausgleich mit Schwächeren weniger schert.

⁸ Grundsatzprogramm Bündnis 90/Die Grünen, S. 10 und 12. https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Grundsatzprogramm-2002.pdf



Die Liberalen fallen nach ihrer Zeit in der sozialliberalen Koalition als Akteure einer Politik für Gerechtigkeit überwiegend aus. Gerechtigkeit wird bei den Liberalen auf den Markt reduziert. Falsch verstandene Leistungsgerechtigkeit ist zentral – wer schafft, gewinnt. Auch das Damoklesschwert der Generationengerechtigkeit wird gerne über uns erhoben – mit den Staatsfinanzen. Neue Schulden sind wahrlich kein Allheilmittel für Gerechtigkeit. Kaputte Straßen, marode Schulen und zu geringe Ausgaben für Forschung und Entwicklung, die zukünftigen Generationen zugutekommen, allerdings auch nicht. Generationengerechtigkeit kann somit immer sehr unterschiedlich ausgelegt werden.

Schaut man auf die Linken, könnte man im ersten Moment feststellen: Wir sind uns nicht unähnlich. Die Linke nennt sich auch die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Doch ihr Credo ist, immer ein bisschen mehr als die anderen zu wollen. Verantwortung geht aber anders. Wir stellen uns der Verantwortung, die manchmal auch eine Politik der kleinen Schritte ist. Viel zu oft geht es den Linken darum, Recht zu haben, Vorschläge sind oft nicht zu Ende gedacht oder halten der Realität nicht stand.

Gerechtigkeit gehört auf die Tagesordnung

Dass diese Unterschiede zwischen allen Parteien bestehen, ist gut für den Meinungswettbewerb. Wir sollten lauter und mutiger die Frage des sozialen Zusammenhalts und der sozialen Gerechtigkeit thematisieren. Gerade in Zeiten wie diesen braucht es sozialen Zusammenhalt. Fast jeder Dritte in Deutschland besitzt nichts oder hat gar Schulden, während die oberen zehn Prozent die Hälfte des Nettovermögens besitzen. Piketty hat gezeigt, dass wir mit neuen feudalen Strukturen reicher Erben zu kämpfen haben. Die Technik von heute schafft eine immer stärkere Konzentration von Einkommen und Gewinnen bei immer weniger „Superstars“. Wachsende Ungleichheit verhindert aber Wohlstand und nachhaltiges Wachstum, die Zukunftsfähigkeit hängt deshalb auch an der Durchsetzung von mehr sozialer Gerechtigkeit!

Wir brauchen eine soziale Marktwirtschaft, die wieder Wohlstand für alle ins Zentrum stellt, das heißt endlich ein gutes Bildungssystem, eine starke soziale Sicherung, sozialen Wohnungsbau, eine starke Integration aller neuen Mitmenschen und gute Infrastruktur. Dann brauchen wir eine Politik, die auf Gerechtigkeit ausgerichtet ist – in der Wirtschaftspolitik, bei Bildung und auch bei Steuern. Und das geht eben nur mit der Sozialdemokratie.

Jens Spahn, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen und Präsidiumsmitglied der CDU

GERECHTIGKEIT AUS CHRISTDEMOKRATISCHER SICHT

Es ist eine besondere Gelegenheit, wenn ein Christdemokrat zur Friedrich-Ebert-Stiftung kommen darf. Deshalb habe ich gerne die Einladung angenommen, beim Grundwerteforum 2015 zu sprechen. Vor meiner Rede ging es um eine Umfrage: „Was sagen die Deutschen – Gibt es hinreichend Gerechtigkeit? Braucht es mehr soziale Gerechtigkeit?“ Das war ein perfekter Einstieg, weil schnell klar wurde, dass es unterschiedliche Ebenen von Gerechtigkeit gibt. Zunächst einmal die gefühlte Gerechtigkeit. Das ist noch nichts Objektiviertes, sondern heißt erst mal: Habe ich das Gefühl, dass es gerecht zugeht? Da sagen viele eher nein. Hierzu haben die Finanzkrise und das Fehlverhalten vieler Unternehmen, insbesondere von Banken, ohne Zweifel das ihre beigetragen. Spannender wird es, wenn ich bezogen auf die letzten Jahre die Deutschen frage: Haben Sie das Gefühl, dass ihre persönliche Situation gut ist? Wie ist Ihre Perspektive für Ihr Leben, für Ihre Familie, für Ihr Umfeld? Da werden 80 Prozent der Menschen sagen: Prima. Das ist das Gefühl: Bei mir läuft es eigentlich ganz gut, aber irgendwie ist da so ein Unbehagen. Das sagt viel über die Selbsteinschätzung und die Situation im Land allgemein aus.

Neben der gefühlten Gerechtigkeit ist die Frage, ob es so etwas wie eine objektive, objektivierte und messbare Gerechtigkeit gibt. Daran versuchen sich immer wieder die verschiedensten Institutionen. Aber auch die kommen am Ende nicht richtig weiter, es ist immer irgendwie unzulänglich. Beispielhaft hierfür ist die Armutsberichterstattung, wenn es heißt: Alle, die weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens haben, sind arm. Das heißt im Umkehrschluss, wenn fünf Millionäre ins Dorf ziehen, dann ist auf einmal die Armut gestiegen, obwohl es allen anderen genauso geht wie vorher. Die Frage ist also immer: Wie messe ich tatsächlich eine soziale Situation? Wie versuche ich am Ende Gerechtigkeit



zu objektivieren? Mein Eindruck ist, dass da an vielen Stellen nicht immer sauber gearbeitet wird.

Aus christlich-demokratischem, christlich-sozialem Verständnis heraus geht es tatsächlich um mehr als nur materielle Teilhabe oder materielle Umverteilung. Das ist auch die Frage von Teilhabe, über die sich eher linke Parteien Gedanken machen müssten: gesellschaftliche Teilhabe – auch Wahlbeteiligung. Keiner freut sich über eine niedrige Wahlbeteiligung. Auch von unseren bisherigen Wählern entscheiden sich leider zu viele für eine Wahlenthaltung. Das zeigt, dass Gerechtigkeit nicht erfüllt ist, wenn man einfach nur sozusagen ruhiggestellt ist durch Geld-Transferleistungen. Es geht ganz konkret und persönlich um solche Fragen: Wie kann ich mich entfalten? Wie kann ich teilnehmen? Wie kann ich Menschen zur Teilhabe befähigen? Hierfür ist der Schlüssel vor allem Bildung.

Chancenentfaltungsgerechtigkeit als ein Kernbegriff

Ein zweiter großer Unterschied ist die Frage von Gerechtigkeit im Ergebnis. Nicht alles muss gleich gemacht sein. Die Menschen sind verschieden. Und in ihrer Verschiedenheit, in ihrer Vielfalt müssen sie sich entfalten können. Dabei müssen sich auch Unterschiede herausbilden können. Nicht alles ist gleich. Kurzum: Es gibt Verantwortung für das eigene Tun. Verantwortung für das eigene Tun als Individuum heißt am Ende, dass das, was ich tue, negative oder positive Konsequenzen hat. Und wenn ich einen Fehler mache, mich falsch verhalte – als Unternehmer, als Arbeitnehmer –, zu viel gefeiert habe während des Abiturs und es deswegen nicht bestanden habe, dann hat das Konsequenzen. Die kann man nicht anschließend wieder alle einzuebnen versuchen. Das gilt übrigens auch für Griechenland. Es ist ja nicht so, dass wir Griechenland unsere Exporte aufgezwungen hätten, sondern am Ende hatte auch das Verhalten griechischer Wählern und griechischer Regierungen Konsequenzen. Welche Verantwortung gibt es hier? Das ist sozusagen Haftung im Negativen, aber auch im Positiven der Unterschied: Hat sich Leistung gelohnt?

Wenn ich eine gute Idee hatte, wenn ich den Mut hatte, ein Unternehmen zu gründen, wenn ich fleißig gearbeitet habe, wenn ich Überstunden gemacht habe, wenn ich vielleicht auch einfach nur besonders gut Fußball spielen kann – beim Fußball wird es übrigens am meisten akzeptiert, dass es Rieseneinkommen über das Normale hinaus gibt –, dann muss es im Positiven auch einen Unterschied machen dürfen. Es geht nicht nur darum, dass ich dort hafte, wo ich mich nicht so angestrengt habe, sondern vor allem um die Möglichkeit: Wenn ich mich anstrengte, wenn ich etwas leiste, wenn ich Mut beweise, dann habe ich am Ende auch etwas davon – das ist der größte Antrieb, den wir haben. Das war eines der Probleme sozialistischer Gesellschaften in ihrer Gleichmacherei: Am Ende gab es wenig Innovation, wenig Fortschritt und keine neuen Gedanken.

Insofern darf eben Gerechtigkeit – jedenfalls aus christlich-demokratischem Verständnis heraus – nicht bedeuten: Gleichheit im Ergebnis. Sondern: am Ende Verantwortung zu übernehmen für sich und für andere. Aber, und das ist die Kernfrage, zu dieser Verantwortung muss ich befähigt sein, muss ich in die Lage versetzt werden. Das fängt in der Familie und in der Bildungspolitik an. Da setzt im Kern Bildungs- und Chancenentfaltungsgerechtigkeit an. Es ist frappierend, dass wir es selbst nach 30 oder 40 Jahren Gerechtigkeitsdiskurs in der Bildungspolitik, selbst in einem schönen Land wie Nordrhein-Westfalen, nicht geschafft haben, dass es eine wirkliche Bildungsgerechtigkeit gibt, eine wirkliche Chance, unabhängig

von der Herkunft, der sozialen Situation der Familie, der Eltern seinen Weg zu machen.

Das Zweite ist die Frage der Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Unsere Gerechtigkeitsdebatten haben immer einen sehr starken Gegenwartsbezug und selten eine historische Einordnung. Bei allen Problemen, die es gibt, Ungerechtigkeiten im Alltag, denen wir begegnen, behaupte ich, wenn man es historisch einordnet: Jedem der 82 Millionen Deutschen geht es besser als den Deutschen in den Gesellschaften und Jahrzehnten zuvor. Das fängt an bei Frieden, Freiheit und geht bis zu Wohlstand und den Möglichkeiten, die jeder hat. Die Lebenserwartung in Deutschland steigt jeden Tag um rund sechs Stunden.

Wir sprechen im historischen Vergleich zwar über Gerechtigkeitsprobleme an der einen oder anderen Stelle, aber doch auf einem ganz guten Niveau. Das muss man dann auch in die Zukunft projizieren. Es geht um die Frage: Haben künftige Generationen die gleichen Möglichkeiten, sich zu entfalten, sich zu entwickeln, Ressourcen zu nutzen? Dazu gehören natürliche, aber auch finanzielle Ressourcen – ich erinnere beispielsweise an das Thema Verschuldung und anderes mehr. Ich gehöre zu denen, die dafür kämpfen, dass wir „zukünftige Generationen“ als Begriff in die Verfassung aufnehmen, denn Grundrechtsträger können laut Verfassung nur lebende Personen sein. Die Rechtsprechung des Verfassungsgerichts muss sich immer mit Grundrechten lebender Personen beschäftigen, noch kommende Personen sind noch keine Grundrechtsträger. Aber zumindest diesen Gedanken der Entfaltungsmöglichkeit auch von kommenden Personen, der kommenden Generationen mit einzubringen, ist ganz wichtig.

Wir müssen Systemkomponenten bauen

Wo sind bei der CDU die größten Unterschiede zu SPD und Linken, wenn es um den Gerechtigkeitsbegriff geht? Der Ansatzpunkt, auch parteihistorisch, ideologisch (kommunistisch, sozialistisch – die Sozialdemokratie kommt ja aus dieser Schiene), ist ja die Idee, ein System zu schaffen, das gerecht ist. Das gerechte System. Wir müssen irgendwie Systemkomponenten bauen, dann wird am Ende eine Gesellschaft gerecht sein. Ich finde, das ist ein ziemlich schlechter Ansatz. Mir wäre lieber: Wir nehmen die Menschen erst mal, wie sie sind, und bauen das System nach den Menschen. Und nicht: Wir machen die Menschen passend für das System.

Die SPD hat sich weit aus dem Kommunismus herausbewegt, aber manchmal spürt man in einzelnen Debatten immer noch,



dass im Zweifel das System, das Kollektiv die Regeln, die man setzt, um das Ziel der Gerechtigkeit zu erreichen, bestimmt. Dann wird ein Stück weit ausgeblendet, was es an Individualität, an individuellen Möglichkeiten gibt – bis hin zu der Idee, dass man ein absolut gerechtes System schaffen könnte. Das kann es aber nicht geben. Man kann immer nur versuchen, ein Höchstmaß an Gerechtigkeit zu erreichen.

Dinge aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten

Das ist ein Dilemma. Ein klassisches, ganz praktisches Beispiel für dieses Dilemma ist ein Thema, das die Leute wahnsinnig bewegt – und für das ich selbst keine gerechte Lösung finde: die Pflegeversicherung: Die Mutter, der Vater oder der Ehepartner muss ins Pflegeheim, und ich als Sohn oder Ehepartner muss das Vermögen bis zu einem bestimmten Grad aufbrauchen, möglicherweise das Haus verkaufen und anderes mehr. Da sagen viele aus einem Impuls heraus: Das ist nicht gerecht! Weil derjenige, der nichts gespart hat, genauso gut behandelt wird. Warum muss der, der etwas gespart hat, sein

Vermögen aufbrauchen? Das ist nicht fair! Das habe ich in zwölf Jahren Gesundheitspolitik sehr oft gehört. Die Frage ist aber im Umkehrschluss: Wenn der Gesetzgeber sagt: Alle kriegen es bezahlt, ohne dass der Einzelne sein Vermögen aufbrauchen muss, hieße es, dass die Verkäuferin im Einzelhandel, die mit ihrem Einkommen niemals in der Lage sein wird, 100.000 oder 200.000 Euro anzuhäufen, mit ihren Beiträgen die Vermögensschonung der anderen bezahlt. Meine Großmutter hat immer gesagt: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Dieses Dilemma, diese beiden Gerechtigkeitsdefinitionen, sind zwei verschiedene Blickwinkel auf eine Sache. Wir behelfen uns mit Freigrenzen und versuchen, irgendwie eine Lösung zu finden. Dann gibt es auf der anderen Seite wieder Streit über die Höhe der Freigrenzen. Und da merkt man: Bei der konkreten Festlegung von Regeln sind wir ständig versucht, verschiedene Gerechtigkeitsdilemmata aufzulösen, die Dinge aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten.

Aber absolute Gerechtigkeit, das ist meine feste Überzeugung, kann es am Ende nicht geben. Wir versuchen, uns ihr anzunähern – so gut es geht –, und scheitern auch daran.

Ralf Stegner, stellvertretender Vorsitzender der SPD

SOLIDARITÄT AUS SOZIALDEMOKRATISCHER SICHT



Die SPD ist als Programm- und Wertepartei an Lösungen und ihrer inhaltlichen Ausgestaltung interessiert, um für eine freie, gerechte und vor allem solidarische Gesellschaft einzustehen. Aus der Trias „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ ist unser Wertegerüst – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – entstanden. Es sind die Grundwerte der Sozialdemokratie, die uns zu einer Politik für mehr Gerechtigkeit verpflichten. Sie sind schon ein bisschen älter, aber in keiner Weise veraltet. Nur ihre Anwendung ist in der Vergangenheit ein bisschen zu sehr auf Sonntagsreden beschränkt worden. Doch Grundrechte taugen eigentlich nicht so sehr als Reliquien, die man aus den Vitrinen holt, um sie abzustauben. Sie sind zum Alltagsgebrauch bestimmt. Das fällt mir stets ein, wenn ich daran denke, dass die meisten bürgerlichen Grundrechte von Sozialdemokraten erkämpft worden sind.

Im Berliner Programm 1987 hat Erhard Eppler ganz treffend formuliert: „Solidarität hat die Arbeiterbewegung im Kampf für Freiheit und Gleichheit geprägt und ermutigt. Ohne Solidarität gibt es keine menschliche Gesellschaft.“ Ein kluger und wahrer Satz, denn sie ist die eigentliche Prägung der Arbeiterbewegung gewesen. Jeder wusste: Wenn man menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen haben will, dann geht das nur gemeinsam. Solidarität war immer und wird immer notwendig sein, da sich ohne sie nichts erreichen lässt.

Solidarität lässt sich nicht erzwingen, muss aber organisiert werden

Heute spüren wir stärker denn je, dass sie sich nicht erzwingen lässt und man Überzeugungsarbeit leisten muss, um gemeinsam Fortschritte zu erzielen. Sozialer Zusammenhalt, Kampf gegen Unrecht – das geht immer nur gemeinsam. Ob bei uns zu Hause oder in der internationalen Gemeinschaft. Und am Ende ist es die Kraft der Schwachen, die aus Benachteiligten letztendlich erfolgreiche Gestalter einer besseren Gesellschaft machen kann. Karl Liebknecht sprach nicht umsonst von Solidarität als dem höchsten Kultur- und Moralbegriff.

Die Sozialdemokratie agiert heute im Spannungsverhältnis zwischen der Freiheit und Individualität des Einzelnen und der Bereitschaft, sich aktiv für das Gemeinwohl einzusetzen. Solidarität zielt hier auf das Gemeinwohl ab. Doch wann ist man eigentlich als Sozialdemokrat solidarisch? Man ist es, wenn man sich gemeinsam für Ziele einsetzt, die vielleicht nicht selbstverständlich zu erreichen sind, die auch gar nicht unbedingt verlangt werden, die aber jedenfalls das Gegenteil von reinen Nutzenmaximierungen und Eigennutz sind. Nachdem



der Zeitgeist über Jahrzehnte von Eigennutz geprägt worden ist, ist Solidarität die Antwort dieser Zeit auf das, was eigentlich über viele Jahrzehnte falsch lief.

Die starken Schultern müssen mehr tragen

Ich glaube übrigens, dass es nicht nur die Kraft der Schwachen ist, denn es ist eben nicht so, dass man nur so lange solidarisch ist, bis man selbst zu den Starken gehört. Ich bin fest davon überzeugt: Eine Menge wohlhabende Menschen sind alles andere als habgierig oder egoistisch. Sie finden eine gerechtere Vermögensverteilung und eine angemessene Erbschaftsteuer – Erbschaft ist schließlich leistungslos erworbener Wohlstand – richtig! Wir sind die erste Generation, die in Frieden lebt, mit all den Vorteilen, die die europäische Integration zu bieten hat. Was das Privatvermögen angeht, sind wir sogar die reichste Generation, die je in Deutschland gelebt hat. Zugleich sind wir aber laut einer OECD-Studie das Land mit den größten Vermögensunterschieden in ganz Europa. Da stimmt also etwas nicht. Deswegen scheint es mir nicht allzu verwegen zu sagen: Das, was nach Ansicht aller finanziert werden muss in den Bereichen Bildung, Familie, Arbeit und Infrastruktur, auch in der Flüchtlingshilfe, das darf nicht dadurch aufgebracht werden, dass die, die am wenigsten haben, es finanzieren. Hier bin ich dafür, es mit der Solidarität zu halten, die in dem Spruch steckt: Die starken Schultern müssen mehr tragen. Auch bei Steuern ist das ganz offenkundig. Das fängt bei den großen Konzernen an. Dass zum Beispiel Google, Facebook und Amazon hier Gewinne erwirtschaften, aber

nahezu keine Steuern zahlen, hart arbeitende Menschen hingegen schon, ist ein Skandal, der nur mit vernünftiger Politik beseitigt werden kann. Wenn man davon ausgeht, dass jeder Mensch ein Recht auf Partizipation und auf ein Fortkommen in der Gesellschaft hat, dann braucht er eine Gesellschaft, die ihm dabei hilft. Die Grundtugend der Solidarität ist dafür notwendig. Verantwortlich handeln auch für das Leben anderer, so könnte eine Definition für Sozialdemokraten in dieser Zeit lauten. Herz haben, Brüderlichkeit, Solidarität – das ist alles verwandt.

Gelegentlich liest man den etwas abgegriffenen Spruch: „Wer mit 20 nicht links ist, hat kein Herz. Wer mit 40 noch links ist, hat keinen Verstand.“ So begründen meistens diejenigen, die mal links waren, dass sie im fortgeschrittenen Alter und mit gefestigter gesellschaftlicher Stellung konservativ geworden sind. Ich halte davon gar nichts. Ich glaube, wenn das Herz nicht von der richtigen Stelle aus pumpt, dann funktioniert auch der Verstand nicht. Deswegen würde ich auch immer sagen, dass das mit der Solidarität etwas ist, was in ganz unterschiedlichen Lebenssituationen als Maßstab und Kompass gelten könnte.

Es bleibt aber die Frage nach der Umsetzung von Solidarität. Soll der Staat Solidarität nun per Dekret von oben herab befehlen? Nein, mit dem Verordnen von Solidarität kann ich nichts anfangen, weil Zwang in einer offenen Gesellschaft nicht funktioniert. In einer Demokratie organisiert der Staat diese Solidarität von ganz allein. Durch Gesetze, die für alle gelten. Das ist eine ganz praktische Form.

Solidarität ist eine wunderbare Sache, solange sie von allen auch wirklich gelebt wird. Das Entscheidende für eine sozialdemokratische Volkspartei wie die SPD ist, dass sie Politik nicht mit einem Entweder-oder-Ansatz macht, sondern mit einem – wie Willy Brandt gesagt hat – Sowohl-als-auch-Ansatz: für die, die arbeiten, für die, die gearbeitet haben, für die, die Hilfe brauchen, aber durchaus auch an die gerichtet, denen es besser geht. Aber im Sozialstaat zu organisieren, dass Solidarität funktioniert – übrigens selbst dann, wenn überhaupt keiner Lust dazu hat – und eben nicht die Lebensrisiken zu privatisieren, das verlangt einen demokratischen Staat. Das ist die Form von Solidarität, die ich mir wirklich nur als etwas vorstellen kann, was von individuellem Wohlwollen unabhängig ist.

Für die Sozialdemokratie hat der große Fortschritt übrigens begonnen, als das Wahlrecht sowohl für Männer als auch für Frauen eingeführt wurde und alle mit ihrer Mehrheit in der Lage waren, die Demokratie hin zu mehr Gleichberechtigung zu verwandeln. In Staaten, in denen die Arbeiter nicht wahlberechtigt sind, sind keine sozialstaatlichen Gesetze zu erwarten. Auch Bismarck ist kein Gegenargument, denn das war ja nur eine kurze Phase der Furcht, die glücklicherweise durch etwas Vernünftigeres abgelöst worden ist. Aber der Kern ist, dass ein demokratischer, sozialer Staat nur mit organisierter Solidarität funktioniert. Dazu brauche ich weder Zwangsparteien noch Zwangsgewerkschaften.

Trotzdem sind mir Menschen außerordentlich sympathisch, die sich aus ihrer humanistischen Haltung heraus solidarisch verhalten.

Internationale Solidarität als Mitmenschlichkeit

Ich habe mich oft gefragt, womit sich Wohlstand und Wachstum in Deutschland nach zwei verheerenden Weltkriegen im 20. Jahrhundert erklären lassen. Die Antwort liegt in der Solidarität der Weltgemeinschaft, die Deutschland mit dem Marshallplan, einem echten Wiederaufbauprogramm, viel Großzügigkeit hat zukommen lassen. Nur so konnte Deutschland schon zu Beginn der 1960er-Jahre wieder die führende Wirtschaftsmacht in Europa werden. Das war eine außerordentliche Form von Solidarität mit einem Volk, das sich so eine katastrophale Führung geleistet hatte und nicht durch eine demokratische Revolution befreit worden war, sondern durch den militärischen Sieg der Alliierten. Die Weltgemeinschaft hatte mit dem Morgenthau-Plan noch eine andere Option, um Deutschland neu zu strukturieren, hat sich aber gerade für eine finanzielle Unterstützung und die Hoffnung entschieden, dass dadurch etwas Positives entstehen könne.

Hier galt also nicht: „Wir verderben dich jetzt“, sondern im Gegenteil: „Wir hoffen, dass es zur Besserung führt“, mit der Möglichkeit, das Land wieder aufzubauen. Solidarität als Mitmenschlichkeit.

Heute stehen wir nach der Banken-, Schulden-, Euro- und Flüchtlingskrise in Europa schon lange nicht mehr nur vor der Herausforderung, unsere wirtschaftliche Stabilität zu sichern, sondern auch davor, die drohende soziale Teilung des Kontinents zu verhindern. Die Festigung von Demokratie, Sozialstaatsverständnis und Menschenrechten muss in ganz Europa oben auf der Tagesordnung stehen. Dafür brauchen wir eine solidarische Gesellschaft und eine soziale Europäische Union. Ausgerechnet aus deutscher Perspektive für Griechenland das Gegenteil zu formulieren, das ist schon ein bemerkenswertes Maß von Geschichtslosigkeit; es ist weder solidarisch noch vernünftig. Und dann ist es auch noch töricht, weil es nicht mal das Eigeninteresse vernünftig formuliert. Denn das Eigeninteresse könnte ja darin bestehen, dass ein Land wie Deutschland, das mehrfach Export-Vizeweltmeister war und dessen Exporte zu beinahe zwei Dritteln nach Europa gehen, auf Dauer jedenfalls kaum so wohlhabend sein und so viele Arbeitsplätze haben könnte, wenn sich der Rest Europas gerade im Süden ins Elend bewegt und nicht auf die Beine kommt.

Es ist eine große Errungenschaft, dass inzwischen alle Staaten in der EU ihre Souveränität teilen und dass wir eine Wirtschafts- und Währungsunion haben, auch wenn diese derzeit vor enormen Herausforderungen steht. Ich finde es aber als Gerüst für Europa nicht hinreichend. In einer Debatte, wie wir sie heute führen, funktioniert Europa nur als Wertegemeinschaft. Daher möchte ich in der aktuellen Flüchtlingsdebatte nicht über Obergrenzen reden, denn unser Asylrecht im Grundgesetz kennt keine Grenze, sondern nur die individuelle Prüfung. Die Genfer Flüchtlingskonvention, was Kriegsflüchtlinge angeht, übrigens auch nicht. Ich gehöre schon zu denen, die sagen: Wenn sich auf Dauer nur ein paar Länder in Europa beteiligen, wird das nicht funktionieren. Dann werden wir sehr unfriedliche Verhältnisse erleben.

Solidarität macht nicht an Landesgrenzen halt. Doch was ist eigentlich mit Europa? Wo ist die Vision? Da muss ich ehrlich sagen: Das ist gar keine Zukunftsvision, sondern das ist die schlichte Feststellung: Heute in Frieden, Freiheit und Wohlstand zu leben, ist eine solche Besserstellung gegenüber vielen Teilen der Welt und dem größten Teil unserer Geschichte, dass es eigentlich keiner weiteren Motivation bedarf, als genau das zu erhalten und auszudehnen und in dem Sinne tätig zu werden, dass Europäer dafür sorgen, dass es anderen, denen es schlechter geht, besser geht. Auf Dauer funktioniert das Modell: „Wir hier in Reichtum und Frieden, und die anderen in



Armut und Krieg“ nämlich nicht. Wir werden abgeben müssen. Wir werden lernen müssen zu teilen. Und wir werden auch nicht nur mit Blick auf Solidarität dafür werben müssen.

Wenn wir nicht freiwillig teilen, dann werden wir unseren Wohlstand und unseren Frieden verlieren. Es ist nicht nur gut, solidarisch zu sein, sondern es ist auch klug, solidarisch zu sein. Wenn Menschen wie Sie daran mitwirken, dass Europa so verstanden wird, dann kann man eigentlich nur Optimist sein.

Ich bin allerdings besorgt über die wachsende Feindseligkeit gegenüber „dem Anderen“. Wer „Wir sind das Volk“ brüllt, meint damit: „die anderen nicht“. Wer durch solches Gebrüll geflüchtete Kinder zum Weinen bringt, der muss sich wirklich fragen lassen, ob er noch recht bei Trost ist. Denn wo genau geht es den Schreihälsen eigentlich schlecht? Warum sind sie unsolidarisch mit Menschen, die ihr Leben retten wollen? Und was fürchten sie zu verlieren, wenn die Gesellschaft vielfältiger wird und Humanität gegenüber Menschen in Not zeigt?

Doch leider stimmt: Wenn aus echten Sorgen, die es unbenommen gibt, Hass wird und aus Angst Hetze, verliert die Demokratie. Die Lösung kann aber nicht sein, dass Deutschland mit Geflüchteten oder mit den anderen Staaten Europas, unsolidarisch wird. Wenn andere Parteien jetzt weiter nach rechts rücken, heißt das für uns Sozialdemokraten, dass wir Kurs halten, uns ganz klar positionieren und die Debatte offensiv führen müssen, indem wir sagen: Dieses Europa hat nur als Wertegemeinschaft eine Zukunft und nicht als ein

Bündnis, das nur kurzfristig ökonomische Gewinne bringt durch Strukturprogramme, oder als Verteidigungsbündnis gegen andere. Dieses Europa, das zwei schreckliche Weltkriege erlebt hat und das von allen Kontinenten derjenige ist, auf dem es ein unfassbares Maß an Frieden und Wohlstand für unsere Generation gibt – was die Vorgängergenerationen nicht hatten –, täte schlecht daran, eine Entwicklung einzuleiten, die dieses wieder ins Gegenteil verkehrt.

Verpflichtung zum gemeinsamen Handeln

Wir haben eine Verpflichtung, gemeinsam zu handeln. Wenn wir auch in Zukunft in einer Wohlstandsgesellschaft leben wollen, geht das nur zusammen und nicht in nationalen Alleingängen. Solidarität ist nämlich auch die Einsicht, dass es alleine nicht geht. Niemand ist stark genug. Auch das große Deutschland ist nicht stark genug, alleine zu handeln. Wir müssen uns trauen, den Deutschen zu sagen: Europa ist nicht nur gut wegen des Euros und des wunderbaren Wohlstands, den wir haben. Sondern wir werden diesen Wohlstand – und auch den Frieden – nur behalten, wenn wir das als Wertegemeinschaft tun. Dann ist Solidarität einer von drei Werten. Dazu gehören dann auch Gerechtigkeit und Freiheit. Auch die verlieren wir nämlich, wenn wir hier größere Auseinandersetzungen bekommen und es nicht mehr friedlich zugeht. Das ist der wirklich entscheidende Punkt. Ich glaube immer noch, dass es eine Mehrheit für Humanität und Solidarität in Deutschland gibt. Aber von alleine behalten wir sie nicht.

Michael Kellner, Politischer Geschäftsführer von Bündnis 90 / Die Grünen

SOLIDARITÄT AUS GRÜNER SICHT



Heutzutage wird häufig beklagt, die Politik habe keine Werte mehr, es gehe nur noch um Macht und eigenes Fortkommen. „Die machen doch eh, was sie wollen“, so denken und sprechen viele. Dieses pauschale Urteil können Politiker so nicht auf sich beruhen lassen. Es ist auch einfach Unsinn, zeigt doch beispielsweise die Flüchtlingskrise, wie groß die Unterschiede sind. Sicherlich gab es Zeiten, zu denen die Unterschiede – auch im Wertegerüst – zwischen den Parteien größer waren. Der Kampf der Systeme, Sozialismus gegen Kommunismus, diese Frage stellt sich nicht mehr. Doch die Unterschiede beruhen auch auf unterschiedlichen Werten und das ist auch gut so. Denn diese Werte dienen uns als Parteien auch immer wieder dazu, uns zu vergewissern, wofür wir stehen, wofür wir streiten, warum wir Politik machen.

Wer sich schon mal genauer mit der Programmerstellung und Beschlussfassung von uns Grünen befasst hat, wird nach-

vollziehen können, dass das viel Freude, aber auch viel Arbeit macht. Selten ist mehr los bei uns in der Partei als im Umfeld von Parteitag, gerade wenn Programme beschlossen werden. Dabei wird häufig um einzelne Worte und auch Werte gerungen. Wir Grüne werden häufig als Programmpartei bezeichnet, eine Bezeichnung, die wir gerne tragen, bringt sie doch zum Ausdruck, dass wir stark um unsere Positionen ringen in langen Sitzungen und Parteitagen. Diese Auseinandersetzungen hat bei uns eine lange Tradition, hat uns viele schlaflose Nächte bereitet, leitet uns aber in der täglichen politischen Arbeit. Dabei sind Grundwerte unerlässlich, sind sie doch die Grundlage unserer Debatten.

Der Vierklang grüner Grundwerte in unserem Grundsatzprogramm lautet: Ökologie, lebendige Demokratie, Selbstbestimmung und erweiterte Gerechtigkeit. Das Zusammenspiel dieser vier Grundwerte macht grüne Debatten spannend, aber auch nicht immer einfach. So kommt bei uns Grünen die Ökologie – wenig überraschend – immer zuerst, lebt aber als Grundwert dadurch, dass die Fragen von Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Freiheit mitbehandelt werden. Die Werte lassen sich nicht einfach addieren, sondern stehen in einem Spannungsfeld, in dem wir immer wieder auf der Suche nach einem Gleichgewicht sind. Neue Technologien und eine veränderte Wirklichkeit stellen uns dabei immer wieder vor neue Herausforderungen.

Grüne und Solidarität

Solidarität ist keiner der vier grünen Grundwerte. Statt von Solidarität sprechen wir von Gerechtigkeit. Und dafür gibt es gute Gründe. Anders als Solidarität ist Gerechtigkeit ein objektiveres Ziel von Politik. Gerechtigkeit kann ich messen, kann ich verpflichtend in einer Gesellschaft einfordern, während Solidarität eine subjektive Haltung ist, die ich als Person

einnehme oder eben auch nicht. Ich kann solidarisch sein, aber niemanden zur Solidarität verdonnern, weil es dann eben kein solidarisches Handeln ist.

Daher spielt der Begriff bei uns eine wichtige Rolle im Kontext unseres erweiterten Gerechtigkeitsbegriffs. Damit meinen wir Verteilungsgerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Teilhabegerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und internationale Gerechtigkeit. Der Solidaritätsbegriff findet sich insbesondere bei internationaler Gerechtigkeit, beim Kampf gegen die Klimakrise oder bei fairen Handelsbeziehungen. Und Solidarität hat bei uns eine enorme Bedeutung, um das Verhältnis zwischen Bürgern, Staat und Zivilgesellschaft zu beschreiben. Dabei ist aber zu beachten, dass bei uns Grünen der Schutz der Ressourcen und der Lebensgrundlagen im Fokus steht – die Ökologie kommt zuerst. Dies erklärt sich sicherlich zumindest teilweise aus unserer Entstehungsgeschichte: Wie SPD und Linke sind wir eine linke Partei, doch im Unterschied zu den beiden anderen kommen wir in erster Linie aus der Umweltbewegung und nicht aus der Arbeiterbewegung.

Was meinen wir jetzt aber, wenn wir von Solidarität sprechen? Konkret schreiben wir Grüne im Grundsatzprogramm: *„Gerechtigkeit braucht Solidarität und bürgerschaftliches Engagement. Solidarität lebt durch selbstbewusste Individuen; sie stärkt die Bürgerinnen und Bürger, anstatt sie zu entmündigen. Die Alternative zwischen den Befürwortern eines bevormundend-fürsorglichen Staates und den Propagandisten von ‚Je weniger Staat, desto besser‘ ist überholt. Der Staat soll die öffentlichen Aufgaben nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen. Er soll sie auch nicht anstelle der Gesellschaft lösen, sondern mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammen.“* Wir beziehen uns bei Solidarität stärker auf individuelles als auf kollektives Handeln. Sie ist in unserer Lesart eher ein individualistischer Wert, der vom Einsatz des Individuums lebt, anstatt von „oben“ verordnet zu werden. Dies scheint ein entscheidender Unterschied im Vergleich mit anderen Parteien auf der linken Seite des deutschen Parteienspektrums zu sein.

In der konkreten Anwendung des Begriffs „Solidarität“ beziehen wir uns häufig auf europäische Solidarität oder die Solidarität mit dem globalen Süden. So bringen die Grünen den Begriff aktuell häufig in die Debatten über die Zukunft Griechenlands in der Eurozone und den Umgang mit der großen Zahl an Flüchtlingen ein. Dabei ist auch die Unterscheidung in Hinblick auf Griechenland eklatant. So hat zum Beispiel Bundeskanzlerin Angela Merkel mehrfach davon gesprochen, dass Solidarität mit Griechenland keine Einbahnstraße sein könne. Solidarität als Bemäntelung eines Diktators ist eben keine Solidarität, sondern Machtpolitik. Grüne europäische Solidarität hebt sich deutlich von diesem einfordern-

den Solidaritätsverständnis, also „Solidarität gibt es nur bei Gegenleistung“, ab. Europäische und auch internationale Solidarität sind für uns nicht nutzenmaximierend, sondern ein politisches Ziel. Somit nehmen wir das Zitat von Che Guevara „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“ indirekt auf in unserem Umgang mit dem Begriff Solidarität. Da spüren Sie noch den Geist der 68er in der grünen Programmatik. Nun hat sich die Welt seit Che Guevara weitergedreht und es stellt sich die Frage, welchen Platz der Begriff Solidarität im beginnenden 21. Jahrhundert einnehmen sollte.



„Solidarität“ entstauben

Aus grüner Sicht bin ich überzeugt, dass es sich lohnt, den Begriff der Solidarität zu entstauben und ins Jetzt zu übersetzen. Interessanterweise ist es auch ein Begriff, der aktuell in der Kultur häufig verwendet wird. Tocotronic zum Beispiel haben auf ihrer letzten Platte – der „Roten Platte“ – ein Lied zur Solidarität geschrieben. Es ist ein sehr schönes und intelligentes Lied. Darin heißt es „Die ihr jede Hilfe braucht, unter Spießbürgern Spießbruten lauft, von der Herde angestiebt, mit ihren Fratzen konfrontiert, die ihr nicht mehr weiter wisst, und jede Zuneigung vermisst, die ihr vor dem Abriss steht, Ihr habt meine Solidarität.“ Dieser Aufruf zur Solidarität in der Auflehnung gegen die Spießbürger zeigt die progressive Kraft, die der Begriff auch heute entfalten kann. Deshalb sollten wir den Begriff weiter in unserem Sinne formen und nutzen, damit er weiterhin progressive Werte vermittelt.

Gerade bei der Unterstützung der Flüchtlinge zeigen die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, zeigt die progressive Zivilgesellschaft ganz viel Solidarität. Sie packt an, sie hilft konkret vor Ort, sie kümmert sich, wenn andere Hilfsnetze nicht reichen, sie übernimmt teilweise staatliche Aufgaben. Diese Form der Solidarität ist anders organisiert als vor 30, 40 oder 50 Jahren – Massenbewegungen, die Solidaritätsmärsche, Demos organisieren, all das bleibt wichtig. Aber es ist auch etwas Neues zu sehen und zu erleben, zum Beispiel eine Debatte über „Teilen ist das neue Haben“. Also selbst verfasste, selbst organisierte Solidarität, nicht nur ein ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge, sondern auch, wenn Menschen das Auto mit Nachbarn teilen, wenn Menschen sich eine Bohrmaschine leihen können: Auch das ist eine Form von Solidarität einer Gesellschaft und ist eine Form von sozialer Innovation, von der wir Grüne sagen, dass wir sie auch brauchen. In Form des ehrenamtlichen Engagements hilft sie ganz konkret in der akuten Situation mit den Flüchtlingen, aber auch, um weitere Herausforderungen wie beispielsweise die Klimakrise zu bewältigen, die nicht nur mit technologischen Innovationen, sondern auch mit sozialen Innovationen angegangen werden muss. Dabei spielt Solidarität eine extrem große Rolle. Und es ist Aufgabe der Politik, Anerkennung für diese Solidarität, für diese soziale Innovation zu leisten und sie soweit wie möglich zu unterstützen.

Neue Formen der Solidarität

Wir sollten Solidarität befördern, sie auch für progressive Ziele mobilisieren, indem wir die richtigen Rahmenbedingungen dafür schaffen. Das ist ja beispielsweise einer der großen Erfolge der Arbeiterbewegung. Von der Wiege bis zur Bahre wurden Institutionen geschaffen, die Schwachen eine starke Stimme geben. Diese Institutionen sind eine große Errungenschaft und es gibt keinen Grund sie in Abrede zu stellen. Dazu kommt nun eine neue Dimension: Es gibt unabhängig von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden mittlerweile eine neue, viel stärkere Form von selbst organisierter, selbstverfasseter Solidarität, die wir anerkennen und unterstützen sollten, wo wir auch ein verändertes politisches Engagementverhalten in der Bevölkerung erleben. Das heißt, Politik ist gut beraten, die Ressourcen für so etwas bereitzustellen, so etwas zu fördern.

Das entlässt uns aber nicht aus der Pflicht, unser politisches Handeln daran auszurichten, Gerechtigkeit in der Gesellschaft als objektives Ziel zu erreichen. Da sehe ich einen Unterschied zur Solidarität, die nach unserer Vorstellung eben subjektiv bleibt. Deswegen ist der Wert der Gerechtigkeit im Sinne der Erzählung der grünen Partei so extrem wichtig und deswegen ist Solidarität bei uns auch in diesen Kontext gesetzt. Das ist

sicherlich eine Frage von Begriffsstrategien, hat aber auch mit den bereits angesprochenen unterschiedlichen Gründungshorizonten zu tun. Der erste Satz im grünen Grundsatzprogramm lautet: „Der Mensch steht im Mittelpunkt unserer Politik.“ Somit sind wir als Grüne stärker orientiert an einem politischen Individuum, das für das politische Gemeinwohl handelt. Und daher ist auch der Wert der Selbstbestimmung so zentral in unserer Programmatik.

Gemeinsam ist dann aber den Parteien der Wunsch, für eine gerechte Gesellschaft politische Mehrheiten zu gewinnen. Dafür kann es hilfreich sein, Solidarität in dieser Gesellschaft nach vorne zu stellen und zu erklären, wofür wir Gerechtigkeit und wofür wir Solidarität brauchen. Dann ist man bei verschiedenen Gruppen dieser Gesellschaft. Dann ist man beispielsweise bei Flüchtlingen, die hier leben. Dann ist man bei Menschen, die keine Arbeit haben. Dann ist man bei Menschen, die nicht teilhaben können an dieser Gesellschaft. Solidarität ist auch deshalb ein so wichtiger Begriff, weil man mit ihm mobilisieren und kämpfen kann. Aber das Ziel ist an der Stelle die Frage von Gerechtigkeit. Und gerade in diesen politisch schwierigen Zeiten ist es wichtig, dass wir den Kampf um eine solidarische Gesellschaft nicht aufgeben.

Solidarität statt Neo-Biedermeier

Wir haben in den letzten Jahren in Deutschland im Neo-Biedermeier gelebt. Die Menschen waren satt und zufrieden und haben sich wenig um Politik gesorgt. Es lief gefühlt ja auch so rund. Da haben sie sich ins gemütliche Privatleben zurückgezogen. Und trotz aller schwierigen Europafragen, die kurzzeitig für Verunsicherung gesorgt und dann doch wieder stark an Aufmerksamkeit verloren haben, hat sich fast niemand eingemischt. Aber seit die Debatten über Flüchtlinge und Integration die öffentliche Agenda dominieren, ist eine Unruhe im Land ausgebrochen. Mit dem Erstarken der AfD hat sich auch die politische Landschaft verändert. Diese Debatten werden uns in den nächsten Jahren massiv beschäftigen. Die gute Stimmung im Land verschlechtert sich. Einer großen Solidarität in Teilen der Zivilgesellschaft stehen Hass und Ressentiments auf der anderen Seite gegenüber. Es wird vermutlich weitere harte politische Auseinandersetzungen geben, das ist absehbar. Da haben wir durch diese massive Solidarität, die in den letzten Monaten zu sehen war, ein Stück emotionalen Speck anfressen können. Das ist für das progressive Lager eine wichtige Stärkung in der Auseinandersetzung, die vor uns steht. Es wird für alle progressiven Parteien am Ende des Tages sehr wichtig werden, dass wir das Banner, dass, wer vor politischer Verfolgung Schutz sucht, auch weiterhin Schutz in diesem Land erhalten kann, weiter hochhalten. In diesem Sinne: Auf die Solidarität!

Petra Pau, Die Linke, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags

SOLIDARITÄT

Vorab:

Die Friedrich-Ebert-Stiftung bat mich um das Manuskript zu meinem Eingangsstatement auf dem Grundwerteforum „Solidarität“ am 6. Oktober 2015. Nun, druckreif waren meine Vorbereitungen nicht, also habe ich etwas nachgearbeitet. Das betrifft auch meine Stichpunkte für die Diskussion danach. Ich hänge sie hier an, auch jene, die in der Debatte nicht zur Sprache kamen. So können sich interessierte Leserinnen und Leser besser in meine Gedanken versetzen oder auch Widerspruch anmelden.

Anmerkung 1

Auf YouTube habe ich mir die beiden vorangegangenen Foren angesehen, also diejenigen zur Freiheit und zur Gerechtigkeit. Michael Sommer hatte die Trilogie eröffnet und die Ansicht geäußert, danach werde man wohl alle drei Themen nochmal zueinander in Beziehung setzen müssen. Und er kam auf Willy Brandt zu sprechen, mit einem, wie er sagte, für ihn überraschenden Zitat aus dem Jahr 1987:

„Wenn ich sagen soll, was mir neben dem Frieden wichtiger sei als alles andere, dann lautet meine Antwort ohne Wenn und Aber: Freiheit.“ So Willy Brandt damals.

Meine Erfahrungen führen mich mit Blick auf die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu einem anderen Schluss. Wie Sie wissen, komme ich aus der DDR. Sie ist gescheitert, und das zu Recht. Dafür gibt es mehrere Gründe.

Meine zentrale Lehre aus dem Scheitern des real-existierenden Sozialismus ist: Soziale und individuelle Freiheitsrechte dürfen nie mehr gegeneinander aufgerechnet oder hierar-



chisiert werden. Sie müssen gleichberechtigt beansprucht, erstritten und gewahrt werden. Das wiederum geht von je her nur mit Solidarität.

Ohne Solidarität keine Gerechtigkeit und ohne Gerechtigkeit keine Freiheit, bestenfalls für eine privilegierte Minderheit. Dabei sind aus meiner Sicht Gerechtigkeit und Solidarität nicht nur Mittel zum Zweck der Freiheit. Sie sind für mich gleichberechtigte Grundwerte.

Anmerkung 2

Seit Jahren ist mein politisches Motto: „Einer trage des anderen Last!“ Die Reaktionen darauf sind interessant. Im Westen: Was, Sie? Eine Linke, aus dem Osten, ein Bibelwort? Im Osten: Das war doch so ein toller DEFA-Film!

Die Geschichte dieses Films spielt in den 1950er-Jahren und ist in ihrem Kern schnell erzählt: Ein junger Vikar und ein junger Polizist müssen sich ein Krankenzimmer teilen: der Christ mit einem Kreuz über dem Bett, der Kommunist mit einem Karl-Marx-Porträt. Die beiden Schwerkranken streiten, grundsätzlich und heftig. Der Chefarzt mahnt: Wenn Ihre Religion und wenn Ihre Ideologie unfähig sind, im Angesicht des Todes menschlich zu sein, dann taugen beide nichts.

Ich empfehle den Film. Die beiden Unterschiedlichen finden schließlich zum Miteinander und zum Füreinander, eben: Einer trage des anderen Last. Der eine schöpft aus der Bibel, der andere aus dem Kommunistischen Manifest. Mir ist es übrigens egal, wer sich aus welcher für ihn oder sie „heiligen“ Schrift zur Solidarität animiert fühlt.

Anmerkung 3

Auch wenn Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität mehr oder weniger explizit im Grundgesetz verankert sind, so mussten sie doch stets erkämpft werden. Und das müssen sie weiterhin. Nichts ist von Ewigkeit und nichts ist ehern unangreifbar. Sie werden angegriffen. Das war damals so und das ist heute so.

Aber die Bedingungen, die Formen, die erprobten Wege, sich für soziale Gerechtigkeit solidarisch zu engagieren, unterliegen einem rasanten Wandel.

Ich spreche von der Digitalisierung der Produktion, ja der ganzen Gesellschaft. Kein Stein wird auf dem anderen bleiben, wird prophezeit. Und der Zeitraum, über den gesprochen wird, meint nicht Jahrhunderte, sondern 20, 30 oder 40 Jahre, also die Gegenwart. Bekanntes wird verschwinden, wahrscheinlich ganze Berufsgruppen, wohlmöglich herkömmliche Gewerkschaften, denkbar auch traditionelle Parteien und vieles mehr. Dem Steuersystem könnte der Boden entzogen werden, immerhin auch ein Mittel der Solidarität, wenn auch höchst unvollkommen und ungerecht. Gehälter und Löhne könnten ihren Stellenwert aus der ersten industriellen Revolution verlieren, ebenso die klassische Erwerbsarbeit.

Die Digitalisierung paart sich mit der Globalisierung. Beide Megaentwicklungen sind unaufhaltsam. Und auf beide gibt es bislang keine solidarischen Antworten. Ich habe sie auch nicht und bin daher für jeden Rat empfänglich. Nur von einem bin ich überzeugt: Ein Zurück gibt es nicht. Hinzu kommt, fragen Sie sich selbst: Wie gerecht, wie sozial und wie solidarisch ist die Europäische Union? Und wie freiheitlich ist sie wirklich?

Raus aus dem Euro und aus der EU, zurück zur D-Mark und zum Nationalstaat, sind darauf keine Antworten, keine solidarischen und nicht für mich. Aber es gibt Verfechter solcher Vorhaben. Und sie verfangen durchaus. Pegida und die AfD verfangen genau da. Also brauchen wir bessere und überzeugendere Antworten, neue. Eine Politik, bei der Wort und Tat obendrein noch füreinander sprechen.

Noch so ein offener Anspruch, und so bedanke ich mich bis hierhin.

Stichpunkte für die Debatte

1. Solidarität = Verbundenheit, Zusammengehörigkeit, Hilfe

- Solidarität gab es als Anspruch bereits in der Bibel. Als Wort, Wert und Politik kam sie mit der industriellen Revolution auf.
- Die tragende Säule der Gewerkschaften war der Solidaritätsgedanke. Es ging darum, miteinander gemeinsame Ziele zu erreichen (siehe das Arbeiterlied der Linken: „Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht. Beim Hungern und beim Essen, vorwärts und nicht vergessen: die Solidarität!“).
Wohlbemerkt: beim Hungern und beim Essen. Es ging immer um eine helfende Brücke zwischen den Habenden und den Darbenden (Stichwort: Millionärs- oder Reichensteuer).

2. Sozialstaat und Solidarität

- Auch der demokratische Sozialstaat basiert auf Solidarität, siehe Solidarsysteme (Gesundheit, Rente, Arbeitslosigkeit), jedenfalls war es im Grundsatz so.
- Solidarität beschränkt sich nicht auf soziale Fragen. Solidarität hat auch politische und globale Dimensionen: „Solidarität mit Vietnam“ oder „Solidarität mit Chile“ (Das eine betraf einen Vernichtungskrieg der USA gegen Vietnam, das zweite einen Militärputsch gegen demokratische Sozialisten.)

3. „Solidarität“ ist auch in der Programmatik von Parteien verankert:

SPD: 19 x

CDU: 22 x

LINKE: 28 x

Gleichwohl ist ihre Politik höchst unterschiedlich, nicht selten diametral entgegengesetzt.

4. Solidarität?

- Wenn ich beschreiben soll, was Solidarität soll und kann, dann vielleicht am besten mit Bertolt Brecht („Der gute Mensch von Sezuan“):
„Das ist gut:
Keinen verderben lassen,
auch nicht sich selbst,
jeden mit Glück zu erfüllen,
auch sich.
Das ist gut!“
- Man kann es auch mit Artikel 1 Grundgesetz übersetzen:
„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“
Ich füge hinzu:
Aller Menschen, nicht nur der Schönen und Reichen.
Aller Menschen, nicht nur der Deutschen oder Weißen.

5. „Vom Ich zum Wir“

- „Vom Ich zum Wir“ hieß ein Slogan in der DDR. Ich bin mit ihm groß geworden und ich habe ihn immer als solidarischen Anspruch verstanden, nämlich genau so, dass ich mich, jede und jeder sich für das Wir engagieren möge. Denn entscheidend und sozialistisch sei ja schließlich, dass es allen gut gehe.
- An diesem Leitsatz zweifle ich inzwischen. Denn die oder der Einzelne tritt somit hinter das Große und Ganze zurück.
- Stimmt womöglich der Umkehr-Slogan „Vom Wir zum Ich“?
- Marx schrieb: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ (Manifest der Kommunistischen Partei)
- Im Kontext der „Solidarität“ bedeutet das: Sie muss möglichst jeder und jedem ein Höchstmaß an individueller Entfaltung ermöglichen.

6. Theorie und Praxis – pro und contra

- Solidarität kann spontan erwachsen oder organisiert agieren, sie kann sich auf Berufsgruppen beschränken oder global weiten. Sie kann aber auch missdeutet und missbraucht werden, all das geschieht:

Beispiel A: Die aktuelle Solidarität mit Flüchtlingen kam eher spontan und zugleich beschämend für die Zuständigen (Regierenden). Schon vor Wochen habe ich via Twitter erklärt: „Wir erleben einen grandiosen Aufstand der Anständigen. Was bitter fehlt, ist der Anstand der Zuständigen.“

Beispiel B: Die Streiks der Erzieher, Lokführer oder Piloten folgen dem Uranliegen aller Gewerkschaften: Anerkennung und Entlohnung. Sie sind für die Gesellschaft insgesamt wichtig. Trotzdem werden sie als egoistisch diffamiert. Das Streikrecht wird infrage gestellt.

Beispiel C: Gerade das Steuerrecht sollte dem Solidaritätsgedanken folgen. Tut es aber nicht und immer weniger. Alle Jahre wieder meldet sich eine Gruppe Millionäre aus Hannover zu Wort und fordert für sich und ihresgleichen höhere Steuern. Vergeblich.

Beispiel D: Global stehen wir vor zwei riesigen Herausforderungen: dem sozial-ökologischen Umbau und der Digitalisierung der Gesellschaft. Beide bieten Chancen für mehr Freiheit und Gerechtigkeit. Beide erfordern aber auch neue Formen der Solidarität (Stichworte: Produktion 4.0, bedingungsloses Grundeinkommen).

Beispiel E: Angela Merkel, Aschermittwoch 2015: „Wenn Länder in Schwierigkeiten sind, sind wir solidarisch. Aber es bleibt auch bestehen: Solidarität ist keine Einbahnstraße.“ Was sie als Solidarität preist, nennen andere ein Diktat zur Unterwerfung. Ich auch. Die sogenannte Griechenlandhilfe ist das Gegenteil von Solidarität. Solidarität ist nur insofern keine Einbahnstraße, als sie zugleich das humanistische Selbstwertgefühl der Gebenden heben kann. Das aber meinte die Bundeskanzlerin nicht. Sie und andere Akteure forderten von Griechenland Unterwerfung.

Was macht eine Gute Gesellschaft aus? Wir verstehen darunter soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, eine innovative und erfolgreiche Wirtschaft und eine Demokratie, an der die Bürgerinnen und Bürger aktiv mitwirken. Diese Gesellschaft wird getragen von den Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir brauchen neue Ideen und Konzepte, um die Gute Gesellschaft nicht zur Utopie werden zu lassen. Deswegen entwickelt die Friedrich-Ebert-Stiftung konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik der kommenden Jahre. Folgende Themenbereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

- Debatte um Grundwerte:
Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität;
- Demokratie und demokratische Teilhabe;
- Neues Wachstum und gestaltende
Wirtschafts- und Finanzpolitik;
- Gute Arbeit und sozialer Fortschritt.

Eine Gute Gesellschaft entsteht nicht von selbst, sie muss kontinuierlich unter Mitwirkung von uns allen gestaltet werden. Für dieses Projekt nutzt die Friedrich-Ebert-Stiftung ihr weltweites Netzwerk, um die deutsche, europäische und internationale Perspektive miteinander zu verbinden. In zahlreichen Veröffentlichungen und Veranstaltungen in den Jahren 2015 bis 2017 wird sich die Stiftung dem Thema kontinuierlich widmen, um die Gute Gesellschaft zukunftsfähig zu machen.

Weitere Informationen zum Projekt erhalten Sie hier:

www.fes-2017plus.de